Der Regensburger Kurfürstentag von 1630

1. Teil: Die Vorgeschichte
Kap. 1 und 2

Der hohen philosophischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität zu München
als
Inaugural-Dissertation
vorgelegt im Sommersemester 1895
von

Alfred Altmann

München 1913
Kgl. Hof- und Universitätsbuchdruckerei von Dr. C. Wolf & Sohn.

Der Regensburger Kurfürstentag von 1630

1. Teil: Die Vorgeschichte
Kap. 1 und 2

Der hohen philosophischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität zu München
als
Inaugural-Dissertation
vorgelegt im Sommersemester 1895

von
Alfred Altmann

München 1913
Kgl. Hof- und Universitätsbuchdruckerei von Dr. C. Wolf & Sohn.

Vorbemerkung.

Die Arbeit, von der ein Bruchstück auf den nachfolgenden Seiten gedruckt ist, entstand auf Anregung meines Lehrers Felix Stieve und wurde von mir im Sommersemester 1895 der Münchener philosophischen Fakultät als Inauguraldissertation vorgelegt. Gleich nach der Promotion erwachte in mir der Wunsch, meine Abhandlung zu einer umfassenden, auf archivalisches Material gegründeten Darstellung der bayerisch-ligistischen Politik während der Jahre 1626—30 zu erweitern. Dieser Plan, der auch die Billigung Stieves fand, kam jedoch trotz umfassender Vorarbeiten aus Gründen privater Natur nicht zur Ausführung. Damit unterblieb auch die Drucklegung der in der Promotionsordnung vorgeschriebenen Bogenzahl. Auf Verlangen der Fakultät hole ich jetzt noch das Versäumte nach und übergebe einige Kapitel der Dissertation der Öffentlichkeit. Und zwar ließ ich sie von wenigen unwesentlichen Änderungen abgesehen in der Gestalt drucken, in der sie von der Fakultät angenommen wurden. An eine Neubearbeitung oder auch nur an eine Verwertung der später noch gewonnenen Forschungsergebnisse konnte ich nicht denken: Gegenstand und Form dieser Untersuchungen sind mir längst ganz fremd geworden.

Inhalt.

Abkürzungen.

StA. = K. Geheimes Staatsarchiv in München, bayer. Abt.
RA. = K. allgemeines Reichsarchiv in München.
WStA. = K. u. K. Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien.

Erstes Kapitel.

Die Verhandlungen bis zur Mitte des Jahres 1629.

Auf dem Kurfürstentage, der im Herbste des Jahres 1627 zu Mühlhausen in Thüringen stattfand, wurden neben anderen Gegenständen auch die Mittel zur Beendigung des Krieges mit Dänemark beraten. Nach langen Erörterungen kamen die anwesenden Kurfürsten und kurfürstlichen Gesandten dahin überein, an Kaiser Ferdinand II. das Ersuchen zu richten, persönlich die Leitung der Friedensverhandlungen mit dem dänischen Könige zu übernehmen und demnächst dafür Zeit und Ort zu bestimmen. Zu dieser Tagung sollte jedoch der Kaiser auch die Kurfürsten, wenn nicht alle, so doch wenigstens mehrere heranziehen und sich ihres Rates bedienen.[1])

Unter dem Eindrucke dieses Antrags ist zu Anfang des Jahres 1628 am Wiener Hofe in einem Kreise geheimer Räte ein Gutachten entstanden, das, wie wir hören, die völlige Zustimmung des Kaisers und seines Sohnes, des jüngern Ferdinand, fand. Ganz im Vollgefühle der großen Erfolge, welche die kaiserliche Politik in den letzten Jahren errungen hatte, geschrieben, ist dieses Schriftstück hier für uns von Wichtigkeit, weil darin dem von Mühlhausen aus vorgeschlagenen Konvent die Stellung zugewiesen wird, die er in der folgenden Zeit in allen Kombinationen der kaiserlichen Politik einnehmen sollte. In ihm sahen nämlich die Räte das Mittel, einen langgehegten Wunsch des Kaisers, von dem auch schon in Mühlhausen die Rede gewesen war, zur Ausführung zu bringen: die Wahl seines Sohnes, des Königs von Ungarn und Böhmen, zum römischen Könige und damit zum Nachfolger auf dem Kaiserthrone.

---

[1]) Über den Kurfürstentag zu M. vgl. bes. Gindely, Waldstein während seines ersten Generalats (1625—30), (1886) Bd. I S. 267 ff. u. Opel, der Niedersächsisch-dänische Krieg, Bd. III (1894) S. 374 ff. und 389 f.

Noch ehe man auf der künftigen Tagung zur Verhandlung über den Frieden schreite, solle der Wahlakt vollzogen werden. Zur Begründung ihres Vorschlags wiesen die Räte darauf hin, wie notwendig es sei, das in den letzten Jahren Errungene dem Erzhause dauernd zu sichern. Daneben machten sie noch mancherlei für die Vornahme der Wahl zu Lebzeiten des Kaisers geltend: die Verwirrung der Reichsverhältnisse bei einem plötzlichen Ableben des kränklichen Monarchen und die Gefahren, die dann bei einem Reichsvikariat das Reich von innen und außen bedrohen würden.[1]) Doch ist diese Aufzählung der Gründe nicht vollständig: ein Umstand, der gerade damals Ferdinand II. die Wahl seines Sohnes besonders wünschen ließ, wird in dem Gutachten nicht erwähnt, nämlich die Absicht, den jungen König mit der spanischen Infantin Maria zu vermählen, ein Projekt, das unter den dynastischen Plänen des Kaisers eine wichtige Stelle einnahm und dessen Ausführung von spanischer Seite an die Bedingung geknüpft worden war, daß der Bräutigam vorher mit der Krone von Böhmen und Ungarn auch die römische Königskrone auf seinem Haupte vereinige.[2])

So gewichtige Gründe forderten rasches Handeln, und es wurde daher der Mainzer Domkantor von Metternich, der gerade am Wiener Hofe weilte, und der als ein sicherer Freund der kaiserlichen Sache galt, beauftragt, seinen Kurfürsten für das Projekt eines Wahl- und Friedenskonventes zu gewinnen.[3]) In der gleichen Sache wurde Graf Trautmansdorf an Maximilian von Bayern nach München geschickt.[4])

---

[1]) Auszüge aus diesem Gutachten bei Hurter, Gesch. K. Ferdinands II. Bd. IX S. 538 u. bei dems., Zur Gesch. Wallensteins S. 116 ff. Ausführlicher berichten darüber Heyne, der Kurfürstentag zu Regensburg 1630 S. 3 und besonders Opel, a. a. O. S. 449 ff.

[2]) Gindely, Eine Heirat mit Hindernissen (Zeitschr. f. allgem. Gesch. 1884) u. ders., Gesch. des 30jähr. Krieges (Wissen der Gegenwart) Bd. III S. 97 ff. Über den Zusammenhang von Königswahl und Heirat vgl. auch den Brief Eggenbergs an den Kaiser bei v. Zwiedineck-Südenhorst, H. U. Fürst v. Eggenberg S. 173.

[3]) Über die Sendung Metternichs vgl. Gindely, Waldstein I S. 374 ff. u. 394. Opel, III. S. 456.

[4]) Instruktion Richels an Mainz v. 22. März 1628, gedr. bei Gindely, I S. 382 ff. S. 392 werden die Aufträge Trautsmansdorfs erwähnt. Damit wird die Bemerkung Opels III. S. 458 hinfällig.

Aber erst zwei Jahre später, im Sommer 1630, ist nach langen mündlichen und schriftlichen Verhandlungen in Regensburg die so sehnlichst gewünschte Tagung zustande gekommen, um dann mit einem Ergebnis zu endigen, das den Hoffnungen des Kaisers und seiner Berater sehr wenig entsprach. Zur richtigen Beurteilung dessen, was auf dem Regensburger Kurfürstentage geschah, ist die Kenntnis seiner Vorgeschichte unentbehrlich. Ihren Verlauf bestimmten das Verhalten der geistlichen und der protestantischen Kurfürsten, die Wünsche der in der Liga vereinten Reichsstände, vor allem aber der Gegensatz, in welchen damals der Führer des katholischen Bundes, der Kurfürst Maximilian von Bayern, zum Kaiser und zu dem Manne getreten war, der ihm als der Vorkämpfer der kaiserlichen Interessen galt, zu Albrecht von Wallenstein.

Die bayerische Politik gegenüber Ferdinand II. und seinem Feldherrn wählen wir daher zum Mittelpunkt der folgenden Darstellung. Diese stützt sich zunächst hauptsächlich auf gedruckte Nachrichten, dann in ihrem zweiten wichtigeren Teile — von der Mitte des Jahres 1629 an — auf zahlreiche noch unbekannte Akten der Münchener und Wiener Archive. —

Vergegenwärtigen wir uns zunächst kurz, wie sich das Verhältnis des bayerischen Kurfürsten und seiner Ligagenossen zu Ferdinand II. und Wallenstein bis zum Anfange des Jahres 1628 gestaltet hatte.

Ohne den Widerspruch jener war Wallenstein 1625 zum General des kaiserlichen Heeres ernannt worden,[1] aber schon im Mai des folgenden Jahres hören wir von Beschwerden der Kurfürsten von Mainz und Bayern, der beiden Direktoren der Liga, über ungehörige Werbungen und Einquartierungen, mit denen der Feldherr auch die Gebiete der katholischen Bundesgenossen belästigen ließe.[2]) Bald waren neue Klagen hinzugekommen über die Exzesse der kaiserlichen Soldateska, über Mißhelligkeiten zwischen den Führern des kaiserlichen und des ligistischen Heeres, über die zahlreichen Übertritte von Offizieren und Soldaten der Bundestruppen zum

---

[1]) Ritter, Untersuchungen z. Gesch. Wallensteins 1625—29. I. Wall.'s Ernennung (dte. Zeitschr. f. Gesch.swissensch. Jhg. 1890) S. 15 ff.

[2]) Gindely, I. S. 152 ff.

Heere Wallensteins, vor allem auch über die nachlässige Führung des Krieges gegen Mansfeld und den König von Dänemark.

Alle diese Beschwerden waren zunächst nur der Ausdruck des Unwillens der Partei gewesen, die mit ihren Waffen und ihren Mitteln dem Kaiser in der Zeit der höchsten Not beigestanden hatte, und die sich nun, nachdem dieser in Besitz eines eigenen Heeres gelangt war, ohne jeden Vorzug vor denjenigen Reichsständen, die in den Kämpfen um die Krone Böhmens neutral geblieben waren, und früheren kaiserlichen Zusicherungen zuwider der Ertragung der Kriegslasten ausgesetzt und durch die Art der Kriegsführung in ihren Interessen empfindlich geschädigt sah. Bald aber hatte der Groll der Ligisten und ihres Führers einen neuen, viel gewichtigeren Grund erhalten. Seit dem Ende des Jahres 1626 waren dem Kurfürsten von Bayern von verschiedenen Seiten Berichte zugegangen über die geheimen Absichten, die Wallenstein mit seiner Bedrückung der Liga verfolgte. Erst undeutlich und verhüllt, dann aber in immer bestimmterer Form war darin behauptet worden, daß nichts anderes das Endziel des kaiserlichen Generals wäre, als die Auflösung der Liga und, wenn er diese erreicht hätte, die Umgestaltung der bestehenden Reichsverfassung in eine absolute Monarchie: diesem Plane allein sollte das von Wallenstein aufgestellte und durch neue Werbungen beständig vergrößerte Heer dienen.[1]) Diese Nachrichten waren auf Maximilian von größter Wirkung gewesen. Er hatte davon alsbald die übrigen katholischen Kurfürsten in Kenntnis gesetzt und im Anfange des Jahres 1627 auf einer Tagung der Liga zu Würzburg erreicht, daß eine Gesandtschaft dem Kaiser die Klagen der Bundesstände überbrachte;[2]) ja, der sonst so vorsichtige Mann hatte sogar kurz darauf noch den Versuch gemacht, die Ligisten zu einem energischen Vorgehen und zu einer gewaltsamen Abstellung der Pressuren zu bewegen. Die Gesandtschaft war jedoch ohne

---

[1]) Bericht über die Brucker Conferenz, gedr. bei v. Aretin, Wallenstein 1845. Urkk. S. 1. Vgl. dazu Gindely, I. S. 161 ff. u. Ritter, a. a. O. S. 24 ff. — Berichte des bayer. Gesandten Leuker aus Wien, gedr. bei Gindely, I., insbes. das Schreiben Leukers an Maximilian v. 30. Dez. 1626 S. 175 ff.

[2]) Über den Ligatag zu Würzburg und die Gesandtschaft an den Kaiser, vgl. Stumpf, dipl. Gesch. der teutschen Liga im 17. Jhrh. 1800 S. 213 ff. Gindely, I. S. 235 ff. u. Opel, III. S. 27 f.

Erfolg geblieben und der Vorschlag einer bewaffneten Abwehr an dem Widerspruche des Kurfürsten von Mainz gescheitert.

Auch auf dem Mühlhausener Konvent hatten die Klagen der katholischen Kurfürsten vereint mit denen Kursachsens und Brandenburgs einen großen Teil der Verhandlungen in Anspruch genommen und zu weitläufigen Erörterungen über die Abstellung der Kriegspressuren mit dem anwesenden kaiserlichen Gesandten, dem Reichsvizekanzler von Strahlendorf, geführt, aber das Ergebnis war ebenso unbefriedigend gewesen, wie die Antwort des Kaisers an die ligistischen Gesandten vom vergangenen Mai. Freilich scheint damals gerade der bayerische Vertreter sich einer gewissen Zurückhaltung befleißigt zu haben, sei es, weil der Würzburger Mißerfolg seinen Herrn zu größerer Vorsicht gemahnt hatte, sei es, weil auf dem Kurfürstentage auch eine für Maximilian sehr wichtige Angelegenheit zur Beratung gekommen war, wobei dieser die Hilfe des Kaisers nicht hatte entbehren können: die Frage, ob die Kurwürde seinem Hause dauernd erhalten bleiben sollte.[1])

Wie stellten sich nun unter solchen Verhältnissen im Frühjahr 1628 die Kurfürsten und vornehmlich Maximilian von Bayern zu dem Vorschlage des Kaisers, bei einer persönlichen Zusammenkunft die Wahl des römischen Königs vorzunehmen und danach in die Friedensverhandlungen einzutreten?

Bei dem Kurfürsten von Mainz, Georg Friedrich von Greiffenklau, fand das Projekt eines künftigen Kurfürstentages eine günstige Aufnahme, freilich nicht in dem Sinne, wie es Ferdinand II. und seine Räte gewünscht hatten. Der Kurfürst wollte die vom Kaiser vorgeschlagene Reihenfolge der Verhandlungen geändert haben: zunächst sollte über den Frieden und in Verbindung damit über die Abstellung der ligistischen und reichsständischen Beschwerden, dann erst über die Wahl beraten werden.[2]) Was er mit dieser Änderung bezweckte, ist klar. Die Erfüllung des kaiserlichen Lieblingswunsches sollte davon abhängig gemacht werden, daß Ferdinand sich den Forderungen der Liga gegenüber gefügig zeigte und die Ursachen

---

[1]) Vgl. S. 7 Anm. 1.

[2]) Opel, III. S. 456; Bayern an Köln, 1628 April 27., abgedr. bei Gindely, I. S. 394.

ihrer Klagen beseitigte. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß die Antwort, die Georg Friedrich in diesem Sinne dem Kaiser gab, auch der Stellung entsprach, welche die Kurfürsten von Köln und Trier zu dem kaiserlichen Vorschlage einnahmen. Ebenso wird sie wohl bei der Mehrzahl der Bundesstände, denen sie bald bekannt wurde, beifällige Aufnahme gefunden haben. Der Kurfürst bemühte sich auch, seine beiden protestantischen Kollegen dem Projekte des Kurfürstentags geneigt zu machen. Er setzte sie von dem kaiserlichen Wunsche in Kenntnis und riet dabei dem Kurfürsten von Sachsen, sich im Punkte der Wahl entgegenkommend zu zeigen, sonst werde der Kaiser sich nicht zum Besuche des Konvents verstehen, auf dem man allein denen begegnen könne, die jetzt an seiner Statt die Leitung des Kriegswesens in Händen hätten.

Doch bei Johann Georg und wohl auch bei Georg Wilhelm stieß der Kurfürst von vornherein auf entschiedenen Widerspruch. Der erstere antwortete mit bitteren Klagen über die unerträglichen Kriegslasten und erklärte rund heraus, bevor die Truppen im Reiche nicht vermindert, die Kriegsbeschwerden nicht abgestellt seien, werde er an keinem Konvent persönlich teilnehmen.[1]) Bekanntlich haben beide Kurfürsten diese Haltung auch in Zukunft niemals aufgegeben.

Aber wie stellte sich Maximilian von Bayern zu der Botschaft, die ihm Graf Trautmansdorf überbrachte?

Da zeigt sich, wenigstens unserer Meinung nach, daß der Kurfürst von Anfang an dem kaiserlichen Projekte einen entschiedenen Widerwillen entgegenbrachte. Freilich schlug er das Gesuch Ferdinands nicht rundweg ab, wie es die protestantischen Kurfürsten taten; er suchte andere Wege, um das Zustandekommen des Konvents zu verhindern. Zweifellos im Zusammenhange mit Trautmansdorfs Anbringen machte er nochmals einen Versuch, zunächst die katholischen und womöglich auch die protestantischen Kurfürsten zu einem gemeinsamen energischen Vorgehen gegen Wallenstein — er dachte dabei an eine Reise der Kurfürsten oder auch an eine gemeinschaftliche Gesandtschaft an den kaiserlichen Hof — zu vereinigen. Erst dann, wenn diese Aktion einen Erfolg erzielt hätte und die „über-

[1]) Mainz an den Kaiser, 1628 Mai 22, abgedr. bei Gindely, II. S. 41 f.

mäßige Friedländische armatur abgeschafft“ wäre, sollte der Wahlkonvent ausgeschrieben und hier die Wahlhandlung der deutschen Libertät gemäß und ohne jede gewaltsame Beeinflußung der Wählenden vorgenommen werden.[1])

Aber der bayerische Gesandte, der Kurfürst Georg Friedrich für dieses Gegenprojekt Maximilians gewinnen sollte, der Vizekanzler Richel,[2]) erschien zu spät am Mainzer Hofe: die erwähnte Antwort an den Kaiser war bereits abgegangen, und der Kurfürst war nicht gewillt, sie rückgängig zu machen.

Maximilian scheint sich damals gefügt zu haben, aber er gab den Plan, die Ausführung des kaiserlichen Projektes nach Kräften zu verhindern, nicht auf, und die weitere Gestaltung der Verhältnisse schien ihm auch eine Möglichkeit zu bieten, seine Absichten zu erreichen.

Doch ehe wir davon berichten, müssen wir, um uns Maximilians Verhalten zu erklären, versuchen, uns von den Anschauungen, die er sich über die kaiserliche Politik gebildet hatte, und von seinen eigenen Bestrebungen und Zielen ein klares Bild zu schaffen.[3])

Da läßt sich nun mit ziemlicher Sicherheit feststellen, daß der Kurfürst in den Jahren, deren Geschichte uns hier beschäftigt, wie viele seiner Zeitgenossen fest davon überzeugt war, daß an den Höfen der Habsburger in Wien und Madrid ein gemeinsames klar gedachtes Ziel die Politik bestimme: die Errichtung einer österreichisch-spanischen Universalmonarchie. Nach Maximilians Ansicht sollte die Erreichung dieses Ziels für das deutsche Reich den „absoluten Dominat“ d. h. die Vernichtung aller reichsständischen Freiheiten und die Begründung einer erblichen und unbeschränkten Monarchie, für Europa aber die Unterwerfung unter die Herrschaft

---

[1]) Instruktion an Richel, s. o. S. 8 Anm. 4 Bayern an Cöln, s. o. S. 11 Anm. 2 Opel, III. S. 582 ff. Die Veranlassung zu diesen bayer. Vorschlägen haben wir wohl in dem Schreiben des Frhrn. v. Kurz an Max. (abgedr. bei Gindely, I. S. 377) zu sehen.

[2]) ADB. (Stieve).

[3]) Als Belege zu den folgenden Ausführungen waren der Dissertation einige dem Münchener Staatsarchive entstammende Gutachten über die franz.-bayer. Allianz — vergl. u. S. 71 Anm. 3 — und die Instruktion für Richel (Cpt.), 1630 April 18., StA 427/23 beigelegt.

der deutschen und der spanischen Habsburger bedeuten. In diesem Zusammenhange beschäftigt uns nur des Kurfürsten Anschauung von dem ersten Teile dieses ungeheueren Projektes.[1]) Vor allem in zwei Wünschen, auf deren Erfüllung er die kaiserliche Politik gerichtet sah, meinte er, den sichern Beweis für die Richtigkeit seiner Vermutungen zu finden: einmal in dem immer deutlicher hervortretenden Verlangen nach der Auflösung des selbständigen ligistischen Heeres und dessen Unterstellung unter den direkten Oberbefehl des Kaisers, sodann in dem Wunsche nach der Vornahme der römischen Königswahl zu Lebzeiten des Kaisers. Das Erstere, glaubte er, werde gefordert, um mit dem Ligaheere das stärkste Hindernis, das der Durchführung der spanisch-kaiserlichen Pläne entgegenstehe, zu beseitigen, und die Wahl des Königs von Ungarn zum römischen Könige solle den ersten Schritt bilden, die Kaiserkrone im Hause Habsburg erblich zu machen. Es ist nicht völlig klar, wie Maximilian über die persönliche Stellung Ferdinands II. zu solchen Plänen dachte. Öfter hat er sich geäußert, er halte den Kaiser für unschuldig; die absolutistischen Umtriebe gingen nur von dessen Dienern und den Spaniern aus, deren der Kaiser selbst nicht mehr mächtig sei. Aber die Schriftstücke, in denen sich derartige Äußerungen finden, sind für die Öffentlichkeit oder gar zur Mitteilung an den Kaiser bestimmt; im Gegensatz dazu wird in einem Aktenstücke, an dessen Geheimhaltung dem Kurfürsten alles lag, sehr deutlich ausgesprochen, daß die Absichten Ferdinands und die seiner Räte dieselben seien.[2]) Daß ein engeres persönliches Verhältnis zwischen Maximilian und Ferdinand, das dem Ersteren als Bürgschaft für die Lauterkeit der Absichten des Freundes hätte dienen können, niemals bestanden hat, darf wohl als feststehend angesehen werden.

In den Spaniern aber sah Maximilian die Hauptträger der absolutistischen Ideen. Ein gut Teil persönlichen Grolls wirkte dabei mit. Auf dem Regensburger Tage von 1623 hatten die Spanier der Übertragung der pfälzischen Kur auf Bayern entschieden

---

[1]) Wittich, Wallenstein und die Spanier II. Preuß. Jbb. Bd. 22 S. 415. — Grünbaum, Über die Publicistik des 30jähr. Krieges 1626—29. Hall. Abhandlgn. X, S. 38 ff.

[2]) Instruktion an Richel (Cpt.), 1630 April 18., StA 427/23, 36.

widersprochen. Daß sie damit dessen Aufschwung zur Macht und zur Größe hatten verhindern wollen, daß sie in der Folgezeit, wie Maximilian glaubte, ihn verleumdeten und ihm sogar die Ligagenossen zu entfremden suchten, machte ihm von vornherein alle Maßnahmen der spanischen Staatsmänner verdächtig.

Der Argwohn des Kurfürsten gegen die Pläne der Spanier war gewiß schon rege, als er in Gesandtenberichten und Mitteilungen ungenannter Gewährsmänner die schon erwähnten Nachrichten erhielt, wonach das Ziel Wallensteins ebenfalls die Umgestaltung der Reichsverfassung sein sollte. Maximilian scheint nun keinen Augenblick daran gezweifelt zu haben, daß zwischen den Absichten der Spanier und denen des kaiserlichen Feldherrn ein Zusammenhang bestehe, und aus dieser Überzeugung ergab sich für ihn die Folge, daß Wallenstein der Mann sei, der die kaiserlichen und spanischen Pläne in die Tat umsetzen solle. Es muß dabei erwähnt werden, daß Maximilian, als er seine Vermutungen über die Pläne der spanischen und der kaiserlichen Staatsmänner mit den Nachrichten über Wallenstein in ein System zusammenfügte, in der Auswahl der Nachrichten ziemlich willkürlich zu Werke gegangen ist. Nur was davon mit seiner einmal gefaßten und zähe festgehaltenen Meinung übereinstimmte, nahm er auf, anderes, was dieser entgegenstand, verwarf er. So sprechen z. B. die meisten jener Berichte, sowohl aus der früheren als auch aus der späteren Zeit, die uns im folgenden beschäftigen wird, von einer starken Partei unter den kaiserlichen Räten, die Wallenstein und seinen Plänen feindlich gegenüberstehe, und einige fügen dieser Mitteilung noch hinzu, daß es gerade die Spanier am Wiener Hofe seien, an denen diese Partei ihre Hauptstütze finde. Maximilian aber schenkte derartigen Angaben keinen Glauben; wenigstens werden sie in den uns bekannten Aktenstücken, worin sich der Kurfürst oder seine Räte über die Pläne Wallensteins verbreiten, niemals berücksichtigt.

Leider sind wir nun ganz ungenügend darüber unterrichtet, wie weit die Ansichten Maximilians über die politischen Ziele der Kaiserlichen und der Spanier der Wahrheit entsprachen.

Es ist wohl möglich, daß es am kaiserlichen und am spanischen Hofe einzelne Männer gab, denen ihre Phantasie ähnliche

abenteuerliche Ziele vorspiegelte; wir wissen ja, welche Rolle in dieser Zeit die großen und heroischen Worte, die gewaltigen und kühnen Entwürfe, die den wirklichen Taten zumeist so wenig entsprachen, spielten, aber höchst fraglich ist es doch, ob absolutistische Pläne in solchem Umfange den zum Handeln und zum Regieren berufenen Männern in Wien und Madrid ihre Politik vorgezeichnet haben. Gewiß hat man im Vollgefühle der großen kriegerischen Erfolge des letzten Jahrzehnts daran gedacht, sich durch eine engere Verbindung der beiden Zweige des habsburgischen Hauses, die auch durch die Heirat des Königs von Ungarn mit der spanischen Infantin besiegelt werden sollte, eine Art Hegemonie, einen dauernden Einfluß auf die Geschicke Europas zu sichern — diesem Zwecke sollte auch das damals viel erörterte Projekt einer österreichisch-spanischen Vorherrschaft auf Nord- und Ostsee dienen —, gewiß ist man auch am Wiener Hofe einer Stärkung der kaiserlichen Gewalt nicht abgeneigt gewesen[1]), aber an weiteres wird schwerlich zu denken sein. Mit solchen Zielen läßt sich sehr wohl der Wunsch nach der baldigen Vornahme der Wahl vereinigen und ebenso der nach der Auflösung des selbständigen ligistischen Heeres, denn, wenn dieses aufgehört hatte zu bestehen, bot sich die Möglichkeit, bei den neuen auswärtigen Unternehmungen der kaiserlich-spanischen Politik unbeschränkt über die Mittel der Liga zu verfügen.

Keinesfalls haben wir uns aber Ferdinand II., diesen gutmütigen und beschränkten Mann, als den Träger absolutistischer Ideen im Sinne Maximilians vorzustellen.

Es ist darauf hingewiesen worden, wie sehr Ferdinand durch den Grundsatz seiner Erzieher und Freunde, der Jesuiten, beeinflußt wurde, wonach ein Fürst am wenigsten sein Seelenheil gefährde, wenn er stets dem Gutachten seiner Räte folge, ein Grundsatz, der die Wirkung hatte, daß am kaiserlichen Hofe sich ein wüstes Spiel von Intriguen und Parteien und damit ein Zustand entwickelte, wie er in dieser an solchen Erscheinungen nicht eben armen Zeit beispiellos ist.[2])

[1]) Dieser Gedanke liegt auch dem S. 7 f. erwähnten Gutachten kaiserl. Räte vom Anf. 1628 zu Grunde.

[2]) Stieve, Ferdinand II. ADB. Über die Zustände am kaiserlichen Hofe vgl. die freilich nicht genügend beglaubigten Nachrichten des Valeriano

Zu der Furcht vor der einstigen Verantwortung gesellte sich bei Ferdinand ein außerordentlicher Mangel des Interesses an politischen Dingen, der sich nur dann in das Gegenteil verwandelte, wenn das Wohl des eigenen Hauses ins Spiel kam, oder wenn er sich in seiner Würde, auf deren Wahrung er sehr bedacht war, verletzt fühlte. So erklärt sich sein eifriges Bemühen, die Wahl seines Sohnes zum römischen Könige zu sichern, so sein lebhaftes Interesse an dem mantuanischen Erbfolgestreit und an dem Krieg gegen die Holländer, denn es war seinen Räten und den Spaniern gelungen, ihn davon zu überzeugen, daß durch die Kämpfe in Italien und durch das Vordringen der Holländer auf dem Reichsboden sein kaiserliches Ansehen eine schwere Schädigung erfahren habe. —

Durch die Annahme, daß Maximilian die Pläne des Kaisers und der spanischen und kaiserlichen Staatsmänner nicht richtig beurteilt habe, wird aber auch seiner Ansicht von den Bestrebungen Wallensteins der Boden entzogen.

Ob nun aber dieser unabhängig von dem spanischen und dem kaiserlichen Hofe Pläne gehegt hat, wie jene Berichte sie ihm zuschreiben, darüber hat wohl auch der neuerdings mit so scharfen Waffen geführte wissenschaftliche Streit keine Klarheit schaffen können. Wir werden bekennen müssen, daß uns hier ein sicheres Urteil durch die Unzulänglichkeit des vorhandenen dokumentarischen Materials unmöglich gemacht ist. —

Wenn wir nach dem oben Gesagten in den dargelegten Anschauungen Maximilians wohl einen Tribut erkennen müssen, den dieser scharfsichtige und nüchterne Geist einem politischen Aberglauben seiner Zeit geleistet hat, so werden wir doch nicht bei der Erwägung zu verweilen brauchen, ob nicht Wallenstein das Opfer einer vollkommenen Täuschung seines Gegners geworden sei. Zwei Maßnahmen der kaiserlichen Politik dieser Jahre gab es, die den Kurfürsten veranlaßt hätten, Wallenstein zu bekämpfen, auch wenn er nicht in ihm den Vorkämpfer des kaiserlichen Absolutismus erblickt hätte: Die Absetzung der beiden Herzoge von Mecklenburg

---

Magno bei v. Aretin, Wallenstein. Urkk. S. 34 ff. Eine ergötzliche Schilderung in der Flugschrift „Evangelischer Aufwecker“: „1. Von dem jetzigen Zustand des kaiserlichen Hofes.“ Gedr. 1632.

und die Übertragung ihrer Lande an den kaiserlichen General. Sie wären in dem gesetzten Falle gewiß auch dem fürstlichen Legitimitiätsgefühl Maximilians als eine schwere Verletzung der reichsständischen Rechte erschienen und hätten ihn zu scharfem Widerstand gegen den Kaiser und Wallenstein bestimmt.

Und in dieser Mecklenburger Angelegenheit wäre eine Einigung unmöglich gewesen, denn andererseits sehen wir Wallensteins ganzes Interesse — das einzige deutlich erkennbare Ziel seiner damaligen Politik — darauf gerichtet, sich den Besitz des neu gewonnenen Herzogtums zu erhalten. Deshalb sucht er sich sogar in dieser Zeit der Liga und dem Kurfürsten von Bayern zu nähern; deshalb will er den letzteren, dessen Haß gegen die Spanier er wohl kannte, davon überzeugen, daß er mit diesen nichts zu tun habe, daß er vielmehr in ihnen, ebenso wie der Kurfürst seine schlimmsten Gegner sehe. Wir wissen nicht, wie weit wir derartigen Versicherungen glauben dürfen; wir wissen ebenso wenig, ob Wallenstein wirklich im Ernste daran gedacht hat, sich mit dem bisher Erlangten zu begnügen und sich nun ganz den Interessen des Reichsfürstenstandes anzupassen. Als er sich in dieser Richtung äußerte, geschah es unter bedenklichen Nebenumständen. Aber wenn es auch wahr gewesen wäre, was er da sagte, auf der von ihm vorgeschlagenen Grundlage war eine Verständigung nicht zu erreichen.

Daß nun Maximilian von Bayern die Initiative zu einem Vorgehen gegen die kaiserlich-spanische Politik ergriff, daß er den Wünschen des Kaisers und seiner Staatsmänner den zähesten Widerstand entgegensetzte, haben sich viele seiner Zeitgenossen nur damit zu erklären gewußt, daß sie ihn des ehrgeizigsten und selbstsüchtigsten Strebens beschuldigt haben, eine Auffassung, die auch auf seine Beurteilung durch neuere Historiker nicht ohne Einfluß geblieben ist. Danach habe der Kurfürst die Pläne der Spanier und Österreicher nur aus Neid und Mißgunst bekämpft, weil er selbst das zu erlangen wünschte, wonach jene strebten: nichts anderes sei sein Ziel gewesen, als die Kaiserkrone für sich und sein Haus zu erlangen.[1])

[1]) So in der bekannten Flugschrift „Wiltu den kaiser sehen, so siehe hinten in diesen brief": „E. k. Mt. ist S. kfl D' in dero angezogenen intention so bitter zuwider, daß sie das kaisertum vielmehr an sich und die ihrigen zu ziehen hofft." Vgl. Grünbaum S. 110 ff.

Im Gegensatz zu einer solchen Auffassung hat Stieve die Grundzüge der Politik Maximilians dargelegt, und die vorliegenden Untersuchungen haben nur dazu gedient, seine Ausführungen, soweit diese hier für uns in Betracht kommen, in allen Punkten zu bestätigen.[1]) Was zunächst des Kurfürsten Streben nach der Kaiserkrone betrifft,[2]) so weist Stieve darauf hin, wie ihm allerdings der Gedanke, die höchste Würde der Christenheit zu erlangen, in seinen jüngeren Jahren nicht fremd geblieben ist, wie aber dann in späterer Zeit die Erwägung, daß durch seine Wahl die Interessen des Reiches — er dachte hierbei an die Abwehr der Türken, deren berufene Bekämpfer er in den österreichischen Habsburgern sah — und die der katholischen Religion empfindlich geschädigt würden, alle ehrgeizigen Gedanken in ihm besiegt hat.

1617 und 1619 waren es die Kurpfälzer gewesen, die Maximilian zur Bewerbung um die Kaiserwürde aufgefordert hatten, und in der Zeit, die wir hier zu behandeln haben, ist in der Person Richelieus ein neuer Versucher an den Kurfürsten herangetreten, der darauf hinweisen konnte, daß selbst der Papst die Übertragung der Reichskrone an ihn wünsche und befürworte. Wenn Maximilian diese französischen Anträge nicht schroff von der Hand wies, sondern sie mit höflichem Danke entgegennahm, so geschah das nur in der Absicht, sich Richelieu nicht zum Gegner zu machen; jedenfalls war in den uns zur Verfügung stehenden Aktenstücken nicht die leiseste Andeutung dafür zu finden, daß er auch nur einen Augenblick daran gedacht habe, auf die Wünsche seiner Jugend zurückzukommen. Lediglich, weil er in dem Wahlprojekte des Kaisers einen Ausdruck absolutistischer Ideen sah, suchte er die Wahl des jüngeren Ferdinand zu verhindern.

Das Interesse seines Landes und die Erhaltung seiner reichsfürstlichen Stellung bildeten für Maximilian die Hauptursache seines Widerstandes gegen Wallenstein und die spanisch-kaiserliche Politik. Bei einem Angriff auf die Reichsverfassung, wie er ihn fürchtete, sah er vor allem auch sich bedroht: da die Spanier vordem der

[1]) Stieve, Maximilian I. von Bayern. Akad. Festrede. 1882.

[2]) Ebda. S. 26.

Übertragung der Kur an die bayerischen Wittelsbacher widersprochen hatten, glaubte der Kurfürst, daß ihre Absichten zunächst darauf gerichtet seien, ihm die neuerworbene Würde wieder zu entreißen. Diese wollte er aber unbedingt festhalten, denn sie hatte sein Ansehen im Reiche bedeutend gehoben, und alte Traditionen seines Hauses ließen ihm ihren Besitz als völlig berechtigt erscheinen.

Die Sicherheit seiner fürstlichen Stellung nun schien ihm allein gewährleistet durch die Erhaltung der bestehenden Reichsverfassung. Im Gegensatz zu den meisten andern Reichsfürsten seiner Zeit richtete er daher den Blick über die Grenzen seines Landes hinaus auf das gemeine Wesen: die „Libertät" der übrigen Stände galt ihm nicht weniger als seine eigene. —

Kurz nach den erwähnten Verhandlungen mit Kurmainz fand der Argwohn des Kurfürsten von Bayern gegen den kaiserlichen General neue Nahrung. Ende April 1628 nämlich empfing er aus der Hand eines seiner Berichterstatter, des Kapuziners Alexander de Hales, die unter dem Namen der Kapuzinerrelationen bekannt gewordenen merkwürdigen Dokumente über den Charakter und die Ziele Wallensteins. Nach einer Schilderung der Persönlichkeit des Feldherrn, der Art seiner Kriegführung, seiner Stellung zum kaiserlichen Hofe ging darin der Gewährsmann des Kapuziners „il personaggio grande" zu einer eingehenden Darlegung seiner Pläne über. Nichts anderes war danach sein Ziel, als die Vernichtung der reichsständischen Freiheiten, die Zerstörung der Reichsverfassung und schließlich die Kaiserkrone selbst, die er in seinem Hause erblich machen wollte.[1]) Die Nachrichten der Relationen über die Pläne Wallensteins gegen Reichsfürsten und Reichsverfassung, über seine feindselige Gesinnung besonders gegen Kurbayern, bestätigten die schon gehegten Befürchtungen Maximilians: die Verpfändung Mecklenburgs an den General, die in dieser Zeit stattfand, war

[1]) Die Berichte zuerst gedr. bei v. Aretin, Wallenstein. Urkk. S. 15 ff., deutsch bei Hurter, Wall. S. 197 ff., bei Schebeck, Lösung der Wallensteinfrage und bei Gindely, II. S. 5. Vgl. darüber Ritter, a. a. O. S. 38 ff. und Opel, III. S. 584 ff. — Aretin und Hurter vermuten als Verfasser den böhm. Kanzler Slavata, Gindely den Fürsten von Lobkowitz, Ritter den Kapuziner Valeriano Magno. Opel bringt neuerdings den Verfasser mit dem Grafen Schwarzenberg in Zusammenhang.

so recht geeignet, den Kurfürsten in seinem Glauben an die verderblichen „Fridlendischen intentionen“ zu bestärken.[1]) Auch hat er sich seine Auffassung von dem düsteren und skrupellosen Charakter Wallensteins wohl vorwiegend nach den Berichten des Kapuziners gebildet. Dagegen scheint die Mitteilung, daß Wallenstein selbst nach dem höchsten Ziele, nach der Kaiserkrone, trachte, entsprechend unseren früheren Darlegungen, wenn überhaupt jemals, so doch nur vorübergehend die Besorgnis des Kurfürsten, der in dem General nur den Parteigänger des Kaisers und der Spanier sah, erregt zu haben; wenigstens kommt er später nie darauf zurück. Doch werden ihm diese Angaben in der Gefahr, worin er sich zu befinden glaubte, als ein geeignetes Mittel erschienen sein, um auch die dem Kaiser ergebenen Ligastände zu einem energischen Vorgehen gegen Wallenstein anzutreiben. Unmittelbar nach dem Empfang der Berichte setzte Maximilian seinen Mainzer Kollegen davon in Kenntnis, und ersuchte ihn dringend, unverzüglich einen Ausschußtag der katholischen Liga zu berufen. Auch Georg Friedrich änderte unter dem Eindrucke dieser Nachrichten seine bisherige Meinung: unter solchen Verhältnissen, schrieb er an Kursachsen, werde man an einen förmlichen Kurfürstenkonvent nicht mehr denken können.[2]) Ende Juni trat dann eine Versammlung kurfürstlicher Gesandter in Bingen zusammen, um hier über die Frage, wie den die Reichsverfassung bedrohenden Gefahren zu begegnen sei, zu beraten.[3]) Aber in Wien hatte man rechtzeitig Kunde von der Stimmung im ligistischen Lager, die den kaiserlichen Plänen so gefährlich werden konnte, erhalten. Schon hatte auf dem Konvent der bayerische Gesandte Graf Wolkenstein den Antrag gestellt, den Kaiser um die Absetzung Wallensteins zu ersuchen und im Falle eines abschlägigen Bescheids mit der Ablehnung der römischen Königswahl zu drohen,[4]) als ein kaiserliches Schreiben eintraf, das den anwesenden Gesandten die Abstellung der ligistischen Beschwerden und fürs

---

[1]) Gindely, II. S. 362 ff.

[2]) Bayern an Mainz. April 26., gedr. bei Hurter, Wall. S. 199; Mainz an Sachsen. Juni 19., gedr. bei Gindely, II. S. 49 ff.

[3]) Vgl. Ritter, a. a. O. S. 47. — Über den Convent, vgl. Hurter, Wall. S. 224 ff. Gindely, S. 42 ff. Opel, III. S. 667 ff.

[4]) Gindely, II. S. 50 ff.

erste die baldige Abdankung von 8000 Mann Kavallerie zusicherte.[1]) Zugleich erging an die Kurfürsten von Mainz und Bayern — an den letzteren durch einen besonderen Gesandten, den Hofkriegsratspräsidenten von Collalto —, die erneute Versicherung, daß der Kaiser nicht daran denke, die Reichsstände in der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte zu beschränken: hege wirklich Wallenstein die Pläne, die ihm von den Kurfürsten untergeschoben würden, so habe der Kaiser Mittel genug, ihre Durchführung zu verhindern.[2]) Diese Zusicherungen verfehlten in Bingen nicht ihren Zweck. Das volle Vertrauen der Majorität der Versammelten konnten sie freilich nicht erlangen, aber die Gesandten beschlossen doch, von der entschiedenen Forderung der Absetzung Wallensteins vorläufig Abstand zu nehmen; erst wenn man sehe, daß der Kaiser sein Versprechen nicht erfülle, solle eine Gesandtschaft an ihn abgehen, um die Entlassung des Generals und die Verminderung des Heeres zu fordern oder, wenn Ferdinand das verweigere, mit der Eigenhilfe der Liga zu drohen.[3]) Auch einigte man sich, mit den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg über die Teilnahme an der erwähnten Gesandtschaft und einer gemeinsamen Defensionsverfassung in Verhandlungen einzutreten. Diesem Beschlusse gemäß schrieb der Mainzer Kurfürst an Johann Georg, freilich nicht mit dem gewünschten Erfolge[4]); aber es war Georg Friedrich wohl mit dieser Aufforderung auch nicht sonderlich ernst gewesen. Die Binger Beschlüsse waren ihm offenbar zu scharf: sein Gesandter, der Domkantor von Metternich, hatte schon den Anträgen Wolkensteins entschieden widersprochen.[5]) Den kaiserlichen Zusicherungen schenkte der Kurfürst Glauben, und als es wirklich zu einigen Abdankungen kam, war er vollends beruhigt. Seiner früheren Haltung entsprechend schlug er Maximilian alsbald vor, von einer Gesandtschaft nach Wien nunmehr ganz abzusehen und zunächst den vom Kaiser gewünschten Konvent zu befördern; vor allem solle der Kurfürst von Sachsen zur persönlichen

---

[1]) Der Kaiser an Mainz. Juni 14, gedr. bei Gindely, II. S. 43.

[2]) Substantia des Grafen von Collalto ohngefährlich anbringen, gedr. bei Gindely, II. S. 44.

[3]) Hurter, Wall. S. 229.

[4]) Sachsen an Mainz. Aug. 11, abgedr. bei Gindely, II. S. 52.

[5]) Gindely, II. S. 51.

Teilnahme überredet werden. Damit war aber Maximilian keineswegs einverstanden; die Abdankungen, die Collalto bisher vornommen hatte, erstreckten sich nur auf etwa den achten Teil der im Reiche liegenden Reiterei, und ein Versuch, kaiserliche Regimenter in den spanischen Niederlanden einzuquartieren und so das Reich zu entlasten, war gescheitert. Er blieb also dabei: der in Bingen erörterte Fall, daß die Zusicherungen des Kaisers gar nicht oder ungenügend erfüllt würden, sei eingetreten, und die Gesandtschaft müsse unverzüglich abgehen.[1])

Als dann freilich die Nachricht von einem glänzenden kriegerischen Erfolge Wallensteins, von dem Siege bei Wolgast, kam, hielt auch er es für geratener, von der energischen Alternative in der Instruktion der Gesandten abzusehen und den Antrag auf Absetzung nicht zu stellen. Der Kaiser selbst werde jetzt seinen Feldherrn nicht mehr kassieren können und leicht werde dann das Reich, vor allem die Kurfürsten die Forderung der Gesandten entgelten müssen.[2]) Aber auch mit dieser wesentlich gemilderten Instruktion sollte die Gesandtschaft nicht zustande kommen.[3]) Im September trat nämlich ein unerwartetes Ereignis ein: Ferdinand erteilte, da ihm die Erfüllung seines Lieblingswunsches gefährdet schien, Collalto den Befehl, die Abdankungen energisch fortzusetzen, und legte zugleich unter Hinweis auf den bevorstehenden Wahlkonvent Wallenstein dringend die Abstellung der ligistischen Beschwerden ans Herz.[4])

An Maximilian von Bayern ergingen erneute Zusicherungen, und es schien wirklich dem Kaiser damit Ernst zu sein. In wenigen Wochen reduzierte Collalto die Kavallerie von 24000 auf 11000 Mann; gegen Offiziere und Soldaten, die sich Ausschreitungen hatten zu Schulden kommen lassen, ging er aufs Schärfste vor.[5])

Der Kurfürst von Mainz war über diesen Erfolg hocherfreut. An Johann Georg schrieb er, daß nunmehr der Zweck der vordem

---

[1]) Bayern an Mainz. Aug. 22., abgedr. bei Gindely, II. S. 56 ff.
[2]) Bayern an Mainz. Sept. 5., abgedr. bei Gindely, II. S. 59 f.
[3]) Instruktion Questenbergs zu seiner Sendung an Wall. Sept. 5., abgedr. bei v. Aretin, Wall., Urkk. S. 31 u. bei Gindely, II. S. 111.
[4]) Kaiserl. Resolution an den bayer. Ges. Graf Wolkenstein. Sept. 7., abgedr. bei Gindely, II. S. 60.
[5]) Gindely, II. S. 64; Opel, III. S. 669.

beabsichtigten Gesandtschaft erreicht sei, auch die gemeinsame Defensionsverfassung werde nun hoffentlich nicht mehr nötig sein. Nach den neuesten Erklärungen und Maßnahmen des Kaisers dürfe aber auch nun Kursachsen nicht länger seine Teilnahme an der persönlichen Zusammenkunft des Kaisers und der Kurfürsten, auf der über die römische Königswahl und die Herstellung des Friedens verhandelt werden solle, verweigern.[1]) Auch Maximilian konnte unter diesen Umständen den Wünschen des Kaisers nicht länger seine Zustimmung versagen, und er schrieb ebenfalls an Kursachsen, zu einer Weigerung des Kurfürsten, an dem Konvent teilzunehmen, liege nun kein Grund mehr vor. Doch war er vorsichtig genug, in diesem Schreiben der Königswahl mit keinem Worte zu gedenken.[2]) Der Kaiser hatte die Abdankung in seinem Heere an die Bedingung geknüpft, daß in gleicher Weise die Liga die Zahl ihrer Truppen vermindere. Auch hierin fügte sich Maximilian; freilich entsprach aber die Zahl der von ihm vorgenommenen Entlassungen nicht den Wünschen des Kaisers.[3])

Über den weiteren Verlauf dieser Dinge sind wir nicht genügend unterrichtet, und so kennen wir auch nicht genauer den Grund des plötzlichen Rückschlages, der Ende 1628 eintrat. Ganz unerwartet, vielleicht infolge der Gestaltung der auswärtigen Verhältnisse, — wegen der vom Kaiser geplanten Einmischung in den spanisch-holländischen Krieg und den mantuanischen Erbfolgestreit —, vielleicht auch infolge der Weigerung Maximilians, noch mehr Truppen als bisher zu entlassen, hörten die Abdankungen auf kaiserlicher Seite auf. Ohne nähere Erklärungen teilte Ferdinand dem Kurfürsten am 19. Dezember kurz und bündig mit: Die Umtriebe seiner Widersacher zwängen ihn, eine größere Anzahl Truppen in Kriegsbereitschaft zu halten, als er vordem geglaubt habe.[4])

Zugleich erging an die Liga die dringende Forderung, die bisher von ihren Truppen besetzten Quartiere in den reichsständischen, meist protestantischen Gebieten Oberdeutschlands zu räumen, eine

---

[1]) Mainz an Sachsen. Okt. 11., abgedr. bei Gindely, II. S. 70 ff.
[2]) Bayern an Sachsen. Nov. 2., abgedr. bei Gindely, II. S. 72 f.
[3]) Gindely, II. S. 141 ff.; Opel, III. S. 680.
[4]) Hurter, Wall. S. 299; Heyne, S. 10 ff.

Forderung, die, wenn sie erfüllt wurde, die Abdankung der betreffenden ligistischen Truppenteile zur Folge haben mußte, da eine Möglichkeit, ihnen ihren Unterhalt auf andere Weise zu beschaffen, nicht bestand.[1])

Unter diesen schwierigen Verhältnissen trat am 5. Februar 1629 in Heidelberg ein ligistischer Gesandtenkonvent zusammen.[2]) Nähere Kunde von den Verhandlungen, die hier geführt wurden, fehlt uns noch, aber soviel scheint sicher zu sein, daß der Wunsch der großen Mehrheit der Bundesstände, endlich zu einem allgemeinen Frieden zu gelangen und damit die Befreiung von den drückenden Kriegslasten, vor allem von den hohen Geldbeiträgen zur Bundeskasse zu erreichen, alle andere Bedenken unterdrückte und zu Beschlüssen führte, die wohl den oben dargelegten Anschauungen der geistlichen Kurfürsten, aber gewiß nicht denen Maximilians von Bayern entsprachen: Als das einzige Mittel zur Erfüllung ihres sehnlichsten Wunsches erschien der Majorität der Bundesgesandten die von Mühlhausen aus durch die Kurfürsten vorgeschlagene persönliche Zusammenkunft mit dem Kaiser. Man beschloß daher, eine Gesandtschaft an Ferdinand II. zu schicken, die diesen um die baldige Berufung des Konventes ersuchen sollte. Die Gesandten hatten ferner darauf hinzuweisen, wie wichtig es sei, daß Kursachsen an der Tagung teilnehme, und den Kaiser zu bitten, die Kriegspressuren, derentwegen der Kurfürst bisher sein Erscheinen verweigert habe, zu beseitigen. Als Gegenleistung für die Erfüllung dieses Wunsches war dem Kaiser dann die Vornahme der Königswahl in Aussicht zu stellen. Der zweite Teil der Aufträge der Gesandten bestand in einer Erörterung der Lage der Bundesstände und der Bitte, der ligistischen Armee die bisher von ihr besetzten Gebiete auch noch in Zukunft zu lassen und ihr nicht die Mittel zum Unterhalt zu entziehen.

Mitte Mai erschien die Bundesgesandtschaft in Wien. Ferdinand ging natürlich bereitwillig auf ihr Gesuch um die Berufung des

---

[1]) Gindely, II. S. 141.

[2]) Der Bdsabschied in mehreren gleichzeit. Schrr. gedr. vgl. Heyne S. 14 Anm. 3; dazu mehrere Einzeldrucke. Ein dürftiges Excerpt giebt Stumpf, diplom. Gesch. der Liga S. 233 ff. Über die Verhandlungen der Versammlungen einige Mitteilungen bei Gindely, S. 146 f.

Kurfürstentags ein: Gesandte des Kaisers und der Liga sollten gemeinsam den Kurfürsten von Sachsen zum persönlichen Erscheinen zu bewegen suchen. Aber die übrigen Forderungen der Liga, die auf eine Besserung ihrer Lage, auf die Überlassung von Quartieren für ihre Armee gerichtet waren, fanden kein Gehör. Das Ergebnis der Gesandtschaft war in dieser Hinsicht ein völliger Mißerfolg. Drei Wochen weilten die Vertreter der Bundesstände in Wien, „jedoch" wie einer von ihnen, der bayerische Vizekanzler Richel schreibt, mit schlechtem nuz, außer, daß man ihre (der kaiserlichen Räte) intentiones in vielen sachen was mehreres penetriert.[1])

Diese Niederlage der ligistischen Politik blieb nicht die einzige.

Als die Gesandten in Wien waren, gelangten die Lübecker Verhandlungen über den Frieden mit Dänemark zum Abschluß. Es ist bekannt, wie wenig durch diesen die Liga ihre Hoffnungen erfüllt sah; in wie geringem Maße sie dabei den Lohn fand, den sie für die Unterstützung des Kaisers, für die vielen seiner Sache geleisteten Opfer erwartet hatte.[2]) Maximilian von Bayern war darüber aufs tiefste verstimmt. Da zugleich immer neue beunruhigende Nachrichten eintrafen, versuchte er noch einmal, seinen Mainzer Kollegen zu einem energischen Vorgehen gegen die kaiserliche Politik zu gewinnen, und diesmal waren seine Bemühungen wirklich von besserem Erfolge als bisher begleitet. Auch am Mainzer Hofe hatten wohl die letzten Ereignisse tiefen Eindruck gemacht. Der Ton in dem von dort aus auf das Ansuchen Maximilians geantwortet wurde, war weit verschieden von dem, den man sonst von Georg Friedrich zu hören gewohnt war: vom Kurfürstentage und der Königswahl war nicht mehr die Rede, wohl aber von der Absetzung des kaiserlichen Generals und von einem schleunigst zu berufenden Bundeskonvent, wozu die beiden protestantischen Kurfürsten und sämtliche Kreisobersten des Reiches eingeladen werden

---

[1]) Mitteilungen über diese Ges.sch. geben Hurter, Wall. S. 306 ff. und Gindely, II. S. 148 ff. Memorial über die Wiener Conferenzen (eigh. Orig. Richels), StA. 427/1,66.

[2]) Maximilian meinte, daß Wall. bei dem Abschluß des Friedens nur seine Mecklenburger Interessen im Auge gehabt habe. Jener hätte unter viel günstigeren Bedingungen erfolgen können. Instruktion der bayr. Ges. zum Mergenth. Bundestag (Orig.), Dez. 4., RA. fasc. 240. Vgl. auch Opel, III. S. 738 f.

sollten, um hier zu beraten, was zur Erhaltung der Freiheit des Reichs und seiner Stände zu geschehen habe.[1] Der Kurfürst Georg Friedrich hat wohl kaum einen Anteil an der Abfassung dieses Schreibens gehabt: Er lag krank darnieder, wenige Tage später, am 6. Juli, starb er. Aber aus dem Inhalt des Briefes durfte der bayerische Kurfürst wohl die Folgerung ziehen, daß nunmehr auch am Mainzer Hofe die Willfährigkeit gegen die kaiserliche Politik ein Ende erreicht habe, und daß hier gewiß auf keinen die Wahl des Domkapitels fallen werde, der sich den kaiserlichen Wünschen so fügsam zeigte, wie es vordem der verstorbene Kurfürst getan hatte. Das Ableben Georg Friedrichs aber scheint Maximilian als einen erwünschten Vorwand benutzt zu haben, um das Zustandekommen der in Wien beschlossenen ligistisch-kaiserlichen Gesandtschaft an den Kurfürsten von Sachsen, die ihm gewiß recht unbequem war, zu verhindern. Sein Rat und Kämmerer, der Freiherr Kurz von Senftenau[2]) war bereits nach Mainz abgereist, um sich von hier in Gemeinschaft mit dem Gesandten Georg Friedrichs nach Dresden zu begeben, als die Todesnachricht in München eintraf. Unverzüglich erhielt Kurz den Befehl, nach Hause zurückzukehren,[3]) und der kaiserliche Gesandte Graf Trautmansdorf mußte allein den Versuch unternehmen, Johann Georg zum Besuche des Kurfürstentages zu bewegen. Aber seine Bemühungen waren vergeblich; der Kurfürst blieb nach wie vor bei seiner Weigerung. Zu den Gründen, die er für diese anführte, war seit dem Anfange des Jahres durch den Erlaß des Restitutionsediktes ein neuer, der gewichtigste von allen gekommen. Belohnte man so seine bisher dem Kaiser erwiesenen treuen Dienste, wie konnte man da verlangen, daß er sich von neuem den kaiserlichen Wünschen gefällig erweise?[4]) Diese Weigerung, an dem Konvent teilzunehmen, dieser passive

---

[1]) Mainz an Bayern. Juni 25. 1629. Abgedr. bei Gindely, II. S. 161.

[2]) ADB. (v. Oefele).

[3]) Eigenh. Extrakt Kurzens aus s. Instr. an Mainz, StA. 427 1, 116. In dems. Fascikel befinden sich auch das Creditif des Ges. u. s. Rechnungsbericht. In letzterem heißt es: „Frankfurt a M. Herrn grafen von Trautmansdorf hab ich anbevolchner maßen mein zurückraiß durch aigens geschickte staffetta avisiert und darfür bezalt. 36 fl.“

[4]) Über Trautmansdorfs Sendung vgl. Tupetz, der Streit um die geistlichen Güter und das Restitutionsedikt. Wien 1883 S. 142.

Widerstand war aber auch das Einzige, was der Kurfürst der kaiserlichen Politik entgegenstellte; zu einem entschiedenen Vorgehen war er nicht zu bewegen.

Zweites Kapitel.

Das bayerische Gegenprojekt.

Bevor wir den weiteren Verlauf des Kampfes schildern, den Maximilian von Bayern gegen die kaiserliche Politik und Wallenstein führte, ist es zur richtigen Beurteilung seines Vorgehens nötig, mit einigen Worten der Hilfskräfte und Mittel zu gedenken, die ihm damals zur Verfügung standen.

Wir erwähnten schon oben die Beziehungen, in die der Kurfürst zu dem großen Staatsmann Frankreichs getreten war. Diese beanspruchen eine eingehende und selbständige Behandlung, hier sei nur soviel darüber gesagt, daß zweifellos die „vertrauliche Korrespondenz", wie das Verhältnis zwischen Bayern und Frankreich bezeichnet wurde, ehe es zu einem festen Vertrag kam, Maximilian in erster Linie Schutz gegen die absolutistischen Pläne der kaiserlich-spanischen Politik gewähren sollte, daß aber ebenso zweifellos der Kurfürst entschlossen war, nur im äußersten Notfalle, etwa bei einem direkten gewaltsamen Angriffe Wallensteins von der Hilfe eines so gefährlichen Freundes Gebrauch zu machen. Also nur zur Verteidigung, nicht zum Angriffe dachte er, sich der französischen Unterstützung zu bedienen.

Dann war, wie wir uns erinnern, auf dem Tage zu Bingen der Beschluß gefaßt worden, die protestantischen Kurfürsten zu einem gemeinsamen bewaffneten Vorgehen aufzufordern. Aber nach dem Scheitern eines ersten Versuches hatten die Ligisten diesen Plan fallen lassen, und Maximilian wird später kaum ernstlich daran gedacht haben, ihn wieder aufzunehmen. Ein solches Beginnen wäre in der Tat auch aussichtslos gewesen, denn das Mißtrauen gegen die Absichten des bayerischen Kurfürsten, wie es in den protestantischen

Kreisen Norddeutschlands herrschte, und wie es durch den Erlaß des Restitutionsediktes, als dessen Haupturheber man ihn ansah, sich noch vergrößert hatte, ließ hier nur bei Wenigen[1]) den Gedanken an ein gemeinsames Handeln aufkommen.

So blieb denn Maximilian bei seinem Unternehmen einzig und allein auf die Unterstützung seiner Ligagenossen angewiesen. Nichts ist dann auf die Art und Weise seines Vorgehens gegen den Kaiser und Wallenstein von größerem Einfluß gewesen als der Umstand, daß er auch bei ihnen trotz seiner eifrigen Bemühungen nicht die erwünschte Hilfe fand. Nirgends tritt uns der Gegensatz zwischen der Politik Maximilians und der der anderen Reichsfürsten schärfer entgegen, als wenn wir sein Verhältnis zu seinen katholischen Bundesgenossen betrachten. Schon auf der Heidelberger Tagung überwog bei ihnen, wie wir sahen, der Wunsch nach Frieden und der endlichen Befreiung von den schweren Kriegslasten alle anderen Bedenken. Die Gefahren, welche der Reichsverfassung auch nach ihrer Ansicht drohten, kamen für sie überhaupt nicht eher in Betracht, als bis sie hörten, daß die Pläne Wallensteins in erster Linie auf die Vernichtung ihrer reichsfürstlichen Stellung gerichtet seien. Erst dann zeigten sie sich zu einer gemeinsamen Abwehr geneigter. In der Erhaltung eines starken ligistischen Heeres sah Maximilian das einzige Mittel, um den verderblichen Plänen der Kaiserlichen und der Spanier entgegenzutreten. Gerade in diesem Punkte aber legten ihm die Ligisten große Hindernisse in den Weg.

Zwar war bei der Neugründung des katholischen Bundes Maximilian durch die Übertragung des Bundesoberstenamtes eine selbständigere Stellung eingeräumt worden, aber diese gewährte ihm nur größere Freiheiten in militärischen Dingen, die Entscheidung über die inneren Angelegenheiten der Liga, vor allem die Bewilligung der zur Erhaltung des Heeres notwendigen Mittel stand nach wie vor der Gesamtheit der nach dem oberländischen und dem rheinischen Direktorium geteilten Bundesstände zu. Ihre Konvente traten in

[1]) Zu den Wenigen gehört der Verfasser einer Flugschrift: „Der Teutsche Asinus ohne hertz und ohren", der, so sehr er den Ligisten grollt, doch sie ermahnt, in ihrem Interesse dem spanisch-wallensteinischen Unwesen gemeinsam mit den Protestanten den Garaus zu machen.

kurzen Fristen, zum mindesten einmal im Jahre zusammen; ein jeder hatte von neuem die Genehmigung zur weiteren Erhaltung der Bundesarmee zu erteilen und deren Stärke festzusetzen. War dies schon ein großer Übelstand, so war es ein noch größerer, daß die Stände in der Erfüllung ihrer auf den Bundestagen übernommenen Verpflichtungen äußerst nachlässig waren. Nur die Wenigsten zahlten ihre Beiträge richtig und pünktlich zur Bundeskasse ein, die meisten entschuldigten ihre Säumnis damit, daß die unerträglichen Kriegspressuren es ihnen unmöglich machten, ihren Bundespflichten nachzukommen. Maximilian mußte, um den Fehlbetrag zu decken und die Bundesarmee vor dem Untergang zu bewahren, die Kräfte seines Landes aufs äußerste anstrengen. Nicht nur, daß er seine sehr hohen Beiträge richtig erlegte, er hat außerdem noch sehr beträchtliche Summen freiwillig beigesteuert.[1]) Es ist richtig, was ihm die übrigen Stände vor allem die des rheinischen Direktoriums oft genug vorhielten, daß seine Lande nicht von den schweren Kriegslasten zu leiden hatten: Bayern ist allerdings in diesen Jahren mit geringfügigen Ausnahmen von den Durchzügen und Einquartierungen kaiserlicher Truppen verschont geblieben, aber auch wenn wir dies in Betracht ziehen, bleibt doch das Mißverhältnis zwischen den Leistungen Maximilians und denen der übrigen Ligisten bestehen. Es war wohl nicht allein die Beschränktheit ihres politischen Horizonts, die sie sich den Wünschen der Kurfürsten so wenig fügsam zeigen ließ; auch das Mißtrauen gegen die Reinheit seiner Absichten scheint ihnen nicht fremd gewesen zu sein. Trotzdem waren sie freilich stets bereit, ihm den Vorrang zu lassen, wenn ein Unternehmen wenig Aussicht auf Erfolg bot oder mit Gefahren verbunden war. Gerade dieser Umstand aber, daß der Bayer in solchen Fällen immer der Katze die Schelle umhängen sollte,[2]) erfüllte Maximilian mit gerechtem Unwillen und ist auf die Projekte mit denen er, wie wir sehen werden, in der Folgezeit hervortrat, von großem Einflusse gewesen.

---

[1]) Vgl. hierzu Stieve, das „Contobuch der deutschen Liga" in der dtn. Zeitschr. f. Geschichtswissenschaft. Jhrg. 1893.

[2]) „Bayr soll aber der kaz die schellen anhengen, wann die bundstend die mitl verschaffen, so kan man den soldaten den sold geben." Eigh. Bem. Max's am Rande eines Mainzer Schreibens vom 8. Nov., StA. 34 3, 206.

In diesem Zusammenhange fordert auch die Haltung der drei geistlichen Kurfürsten gegenüber der bayerischen Politik eine kurze Erwähnung.

Anselm Casimir Wambold von Umstadt, der einen Monat nach Georg Friedrichs Tod zum Kurfürsten von Mainz gewählt wurde, war, wie schon angedeutet, im Gegensatz zu der bisher am Mainzer Hofe herrschenden Richtung zu seiner Würde gelangt. Er war in der Tat ein entschiedener Gegner der kaiserlichen Politik und Wallensteins, aber auf der anderen Seite war er ebensowenig wie die übrigen Ligisten bereit, Maximilian opferwillig zur Seite zu stehen. Geiz und politische Beschränktheit waren bei ihm wie bei seinen Bundesgenossen der Grund dafür. Aber so wenig fügsam er sich in der Folge den Wünschen Maximilians zeigte, so wenig er geneigt war, mit ihm gemeinsame Sache zu machen, so bot doch immerhin seine politische Haltung dem bayerischen Kurfürsten eine größere Aussicht auf einen endlichen Erfolg als die nachgiebigere Gesinnung seines Vorgängers.

Über die Stellung Philipp Christophs von Trier fehlt uns jede authentische Nachricht. In Mitteilungen, deren Glaubwürdigkeit zweifelhaft ist, wird er ein Feind des Kaiserhauses genannt[1]), schon damals soll er mit auswärtigen Mächten die hochverräterischen Beziehungen angeknüpft haben, die ihn fünf Jahre später ins Unglück stürzten. Maximilian stand er, soviel wir sehen, von den geistlichen Kurfürsten am fernsten; innerhalb der Liga tritt er im übrigen nirgends hervor.

Den Kurfürsten Ferdinand von Köln haben die Zeitgenossen für den treuen Parteigänger seines Bruders gehalten. Aber diese Auffassung ist unrichtig: das Verhalten Ferdinands zu Maximilian war von dem der übrigen Ligastände kaum verschieden. Er war ebensowenig opferwillig wie sie; in der Folge ist es gerade zwischen ihm und Maximilian über seine Leistungen zur Bundeskasse zu sehr scharfen Auseinandersetzungen gekommen.[2]) Auch von einem ver-

[1]) „Der Curfürst von Trier ist hier ganz verdechtig, als solte er dem künig in Frankreich und Venedig gelt vorstrecken.“ Mitteilung eines Unbekannten an Kurköln, StA. 41/10, 300.

[2]) Anfang des Jahres 1630.

trauteren Verhältnisse zwischen den beiden an Alter sehr verschiedenen Brüdern kann nicht die Rede sein; jedenfalls hat Maximilian nie daran gedacht, Ferdinand über die geheimen Maßnahmen seiner Politik eingehender zu unterrichten als die übrigen Bundesstände. Die politische Haltung des Kurfürsten von Köln wird in dieser Zeit hauptsächlich durch die besonderen Interessen seines Landes bestimmt. Weil er dieses durch die Angriffe der ausländischen Feinde, vornehmlich der Holländer, gefährdet sah, wünschte er, wie die übrigen Ligisten, vor allem den Frieden. Um ihn zu erlangen war er sogar zu Zugeständnissen an die kaiserliche Politik bereit.

Nicht nur die geringe Opferwilligkeit der Bundesgenossen erschwerte Maximilians Vorgehen. Unter ihnen und ihren Beratern befanden sich auch Männer, die dem kaiserlichen Hofe unbedingt ergeben waren, in denen also der Kurfürst die entschiedenen Gegner seiner Politik sehen mußte. Zwei davon kennen wir: einen der Ligisten selbst, den Hoch- und Deutschmeister Johann Caspar von Stadion, und einen einflußreichen Würdenträger des Kurmainzer Hofes, den Domprobst Reinhard von Metternich.

Stadion war, ehe er das Hochmeisteramt erlangt hatte, kaiserlicher Hofkriegsratspräsident gewesen. Schon durch diese seine frühere Stellung und als kaiserlicher geheimer Rat stand er zum Wiener Hofe in nahen Beziehungen. Dazu scheint ihn seine neue Würde mit dem Ehrgeiz erfüllt zu haben, unter der gegenwärtigen Gestaltung der politischen Verhältnisse einen nie erstorbenen Wunsch seines Ordens zur Ausführung zu bringen, nämlich die Wiedererwerbung des preußischen Ordensgebietes[1]), einen Plan, dessen Erfüllung von einem Siege der kaiserlichen Politik abhing. Schon in Heidelberg, wo er, wie es scheint, zugleich als offizieller Vertreter des Kaisers anwesend war, hatte er für die Erfüllung der kaiserlichen Wünsche hinsichtlich der Königswahl gesprochen. Selbstständig, aber sicher im Einvernehmen mit dem kaiserlichen Hofe, hatte er hier auch den Antrag gestellt, auf die Erhaltung eines

---

[1]) Das glaube ich wenigstens aus einigen Anbringen schließen zu dürfen, die Stadion der Mergentheimer Bundesversammlung im Dezember 1629 und im Januar des folgenden Jahres in Bezug auf den schwedisch-polnischen Waffenstillstand vortrug.

eigenen Bundesheeres zu verzichten und dieses dem Kaiser zu überlassen, ein Antrag, der damals noch abgelehnt worden war, der aber den Kurfürsten von Bayern mit den schlimmsten Befürchtungen für die Zukunft erfüllte.

Von Metternich haben wir schon gehört. Er hatte dem Kurfürsten Georg Friedrich die Wünsche des Kaisers hinsichtlich der römischen Königswahl zu überbringen gehabt, und er war wohl auch später nicht ohne Einfluß auf die Haltung, die sein Herr in dieser Angelegenheit einnahm. Maximilian wußte von ihm, daß er freundschaftliche Beziehungen zu einigen kaiserlichen Räten unterhielt.[1]) Der Domprobst ist nun zwar seit der oben erwähnten Wendung der Mainzer Politik, die gerade eintrat, als er mit der ligistischen Gesandtschaft in Wien weilte, bis zum Regensburger Kurfürstentage nur kurze Zeit am Mainzer Hofe anwesend gewesen, da er als kaiserlicher Kommissar zur Ausführung des Restitutionsediktes bestellt wurde. Doch beseitigte dieser Umstand nicht den Argwohn, den der Kurfürst wegen seiner Umtriebe und seines Einflusses auf die Mainzer Politik hegte.

Mißtrauen und Vorsicht, auch in günstigeren Zeiten zwei charakteristische Merkmale der Politik Maximilians, treten an ihr in den Jahren, deren Geschichte uns hier beschäftigt, mit besonderer Stärke hervor und machen es heute dem Betrachter oft nicht leicht, die geheimen Absichten, die der Kurfürst bei seinen Maßnahmen verfolgte, zu erkennen. —

Bald nach der Heimkehr der Gesandten, die gemäß den Heidelberger Beschlüssen dem Kaiser die Wünsche und Beschwerden der Bundesstände überbracht hatten, trafen am bayerischen Hofe Nachrichten ein, die geeignet waren, die Befürchtungen Maximilians vor den Plänen Wallensteins aufs Höchste zu steigern: kaiserliche Truppenabteilungen, wie sie schon seit einigen Monaten in größerer und kleinerer Zahl durch Süddeutschland gezogen waren, um sich nach Oberitalien zu begeben und das dort stehende spanische Heer zu verstärken, hatten seit Ende Mai in der Nähe des Bodensees und damit in der unmittelbaren Nachbar-

---

[1]) Instruktion Richels an Mainz (Cpt.), 1630 April 18, StA. 427/23, 36.

schaft der ligistischen Gebiete Standquartiere bezogen. Maximilian, hievon in Kenntnis gesetzt, hatte sofort Tilly beauftragt, über den Zweck dieser Maßregel bei dem Herzog von Friedland Erkundigungen einzuziehen. Ende Juni traf die Antwort des ligistischen Feldherrn aus Güstrow, dem Aufenthaltsorte Wallensteins, ein. Danach hatte dieser Tilly auf seine Frage erwidert, daß jene Truppen zuerst ebenfalls nach Italien hätten ziehen sollen, daß sie aber ihren Marsch unterbrochen hätten, weil das Gerücht von einem beabsichtigten französischen Angriff auf die südwestlichen Grenzen des Reichs aufgetaucht wäre.[1]) Diese Erklärung befriedigte Maximilian keineswegs, und sein Mißtrauen sollte bald neue Nahrung finden. Am 6. Juli erfuhr er von Tilly, daß diesen Wallenstein um eine Unterstützung von 6 bis 700 Mann ligistischer Truppen zu einer Unternehmung gegen Magdeburg gebeten hatte,[2]) und wenige Tage später erhielt er von demselben die Mitteilung, die ihm von anderer Seite bestätigt wurde, daß Wallenstein beabsichtige, in 14 Tagen persönlich an der Spitze von 19 Regimentern den Marsch nach Oberitalien anzutreten.[3])

Es fiel Maximilian nicht schwer, alle diese Nachrichten in einen innern Zusammenhang zu bringen: der solange gefürchtete Augenblick schien ihm gekommen, die gewaltsame Durchführung der absolutistischen Pläne unmittelbar bevorzustehen. Da ihm die Absicht Wallensteins, selbst nach Italien zu gehen, sehr unwahrscheinlich vorkam, weil dort schon Spinola das Oberkommando über die vereinigten kaiserlichen und spanischen Truppen übernommen hatte, sah er in der bevorstehenden Reise des Feldherrn nichts als einen Vorwand, nach Süddeutschland zu gelangen, um dann mit den bereits dort stehenden und den ihn begleitenden kaiserlichen Truppen die Umgestaltung der Reichsverfassung zunächst in den Gebieten der katholischen Liga ins Werk zu setzen. Er glaubte, Wallenstein

---

[1]) Tilly an Kf. Max. (Orig.), Juni 13., RA. tom. 154, 548. Antwort auf versch. Schreiben v. 7. u. 21. Mai.

[2]) Tilly an Max. (Orig.), Juni 23, praes. Juli 6., RA. tom. 154, 612.

[3]) Max. an Tilly (Cop.), Juli 10., Recepisse auf ein Schreiben vom 26. Juni, RA. tom. 157, 136. Vgl. **Bauer**, Beitr. zur Gesch. d. Reichsstadt Memmingen. Sep. a. d. „Zeitschr. d. Hist. Vereins für Schwaben und Neuburg" 1891 S. 55 ff.

wolle, um die Gewalttat ungehindert ausführen zu können, die Bundesarmee durch die Magdeburger Unternehmung in Norddeutschland festhalten, ja sie womöglich in einen Krieg mit Schweden verwickeln und so die Liga ihrer einzigen Hilfe in der Not berauben. In einer Mitteilung, die Maximilian neuerdings erhalten hatte, und wonach Wallenstein sich geäußert haben sollte „er wolle hoch- und niderstands chur- und fürsten, unirte oder nit unirte allerdings gleichhalten und keines verschonen“ sah er den sicheren Beweis für die Richtigkeit seiner Auffassung.[1]) Sofort erteilte er Tilly den Befehl, die Wallenstein bereits überlassenen Truppen zurückzufordern, sich selbst aber marschbereit zu halten, um jederzeit den Befehlen seines Herrn nachkommen zu können. Er schärfte dem General aufs dringendste ein, keine Bewegung des Herzogs außer acht zu lassen und genau die Stärke der Truppen, die diesen auf seinem Marsche begleiten sollten, zu erkunden.[2]) An den Kaiser wandte er sich mit bitterer Beschwerde, daß dessen Offiziere weder ihm noch seinen Bundesgenossen von dem bevorstehenden Durchzug ihrer Truppen durch die ligistischen Gebiete eine Mitteilung gemacht hätten, daß ihm vielmehr die Nachricht hierüber erst von anderer Seite habe zukommen müssen.[3]) Zwar versicherte Ferdinand dem Kurfürsten, daß in Zukunft die Durchzüge der kaiserlichen Truppen durch ligistisches Gebiet, die, um nach Italien zu gelangen, nun einmal unabänderlich notwendig seien, von dem Kriegskommissar rechtzeitig gemeldet werden sollten; ebenso werde der Durchmarsch in bester Ordnung und ohne größere Belästigung der davon betreffenden Stände vor sich gehen, nur der Unterhalt eines Nachtlagers solle diesen zur Last fallen.[4])

---

[1]) Bayern an Mainz (Cpt.), Juli 10, StA. 34/2, 354. Besonders auffallend erschien es dem Kfn., daß Wall. Tilly bei dessen Aufenthalt in Güstrow nichts von seiner Absicht, nach Süden zu ziehen, gesagt hatte. Dem letzteren war die betr. Mitteilung erst „per tertias personas“ zugekommen. Welchen Zweck, meinte nun Max., hatte diese Geheimhaltung, „wenn Fridland mit seinem heraufzug nur bloß und einig auf Italiam und nit vilmehr anderswohin zilte“.

[2]) Max. an Tilly (Cop.), Juli 10, RA. tom. 157, 135. Das Cpt. des betr. Schreibens ist aus dem die Corresp. Max.s und Tillys enthaltenden Tom. 154 herausgeschnitten. Tom. 157 enth. das „Protokoll“ über die Ausläufe der Kriegskanzlei. Vgl. v. Aretin, Wallenstein S. 38.

[3]) Bayern a. d. Kaiser (Cpt.), Juli 12, StA. 4/4, 17.

[4]) Der Kaiser an Bayern (Orig.), Juli 18, StA. 4/4, 23.

Auch trafen von Tilly beruhigende Mitteilungen ein, denen zufolge Wallenstein seinen Entschluß, persönlich nach dem Süden zu ziehen, aufgegeben habe und statt dessen jetzt seine Streitkräfte zu einer Unternehmung gegen die Generalstaaten und zum Schutze Mecklenburgs und Pommerns verwenden wolle.[1]) Aber weder die Zusicherung des Kaisers, noch die Botschaft Tillys konnten für längere Zeit die Befürchtungen Maximilians beschwichtigen. Der ersteren widersprach es, wenn bald von allen Seiten die Klagen der Ligagenossen über die unerträglichen Einquartierungen und Durchmärsche der nach Italien ziehenden, unter dem Befehle des Grafen Collalto stehenden kaiserlichen Truppen am bayerischen Hof einliefen.[2]) Und Anfang August kamen dann auch Nachrichten Tillys, die von neuem das Erscheinen Wallensteins in Süddeutschland in Aussicht stellten.[3]) Zugleich wurden unweit der bayerischen Grenze, in der Reichsstadt Memmingen, durch kaiserliche Kriegskommissare umfassende Vorbereitungen zum Empfange und zu einem längeren Aufenthalte des Generals getroffen.[4])

Wir wissen heute bestimmt, daß Wallenstein, von seinen mecklenburgischen Interessen geleitet, der Einmischung des Kaisers in den mantuanischen Erbfolgestreit von Anfang an ablehnend gegenüber gestanden hatte,[5]) und daß ihm nichts unerwünschter sein konnte, als jetzt Norddeutschland verlassen zu müssen, zu einer Zeit, wo ein Angriff Schwedens ihn in seinem neuerworbenen Besitze zu bedrohen schien. Er folgte nur dem energischen Befehle seines Herrn, wenn er erklärte, demnächst den Marsch nach Italien antreten zu wollen.[6])

---

1) Tilly an Max. (Orig.), Juli 10., RA. tom. 155, 38.

2) v. Aretin, Wallenstein, S. 38. Max.s Instruktion für den Generalkriegskommissar von Ruepp. Vgl. u. S. 52 A. 1.

3) Tilly an Max. (Orig.), Juli 24., RA. tom. 155, 56.

4) Bauer, Memmingen, S. 56. Das von B. erwähnte Schriftstück „Provisionzetul von J. f. Gn. (nicht Dht) kuchen auf einen tag“ ist wohl auf die S. 56 Anm. 3 erwähnte Weise in die Hände Max.'s gelangt. Es findet sich StA. 427/1, 207.

5) Zahlreiche Briefe an Collalto bei Chlumecky, die Regesten der Archive im Markgraft. Mähren. Vgl. Heyne S. 51 f. und 99 ff. Wittich, Wall. u. d. Span. I, S. 344 und II, S. 415 ff. Gindely, Wallenstein II, S. 204 ff.

6) Wittich, S. 420 f.

Doch die Sachlage so aufzufassen kam dem vom schlimmsten Argwohn erfüllten Maximilian nicht in den Sinn. Bereits am 10. Juli hatte er dem Kurfürsten von Mainz die Befürchtungen dargelegt, die er an das Erscheinen Wallensteins in Oberdeutschland knüpfte, offenbar in der Absicht, jenen zu einer gemeinsamen Abwehr der drohenden Gefahren zu veranlassen.[1]) Das Schreiben traf, wie wir wissen, Georg Friedrich nicht mehr am Leben. Das Domkapitel gab nur eine ausweichende Antwort,[2]) und die Sedisvakanz hinderte dann eine weitere Verständigung. Am 10. August kam endlich die sehnlichst erwartete Nachricht von der am 7. erfolgten Wahl Anselm Casimir Wambolds von Umstadt in München an. Noch an demselben Tage gingen die bayerischen Minister an die Beratung einer Instruktion, mit welcher der uns schon bekannte Freiherr Max Kurz von Senftenau an den neuen Kurfürsten geschickt werden sollte.[3]) Leider fehlen uns nun die Akten dieser Gesandtschaft; wir sind nicht einmal imstande, genau die Zeit zu bestimmen, zu der sich Kurz seiner Aufträge entledigte. Von diesen wissen wir sicher nur, daß der Gesandte dem Kurfürsten einen Vorschlag zu unterbreiten hatte, wonach in Kürze die drei geistlichen Kurfürsten persönlich mit einem Vertreter Maximilians zu einer „Partikularkonferenz" zusammentreten sollten.[4]) Über die Gründe dieses Antrags und über die Absichten, die der Kurfürst damit verfolgte, müssen wir versuchen, aus den dürftigen Andeutungen, die uns Maximilians Briefwechsel bietet, einige Aufschlüsse zu gewinnen. Da läßt sich zunächst feststellen, daß die Sonderzusammenkunft in erster Linie ligistischen Zwecken dienen und einen der gewöhnlichen von Gesandten besuchten Bundestage ersetzen sollte.[5]) Einen solchen unmittelbar nach der Heimkehr der ligistischen Gesandten aus Wien zu berufen, war vordem in Heidelberg bestimmt

---

[1]) Bayern an Mainz (Cpt.), StA. 34/2, 354.

[2]) Dechant und Capitel zu Mainz an Bayern (Orig.), Juli 17, StA. 34/2, 357.

[3]) Vizekanzler Richel an Max. Aug. 10. „umb ailf uhr mittags". StA. 34/2, 371.

[4]) Mainz an Bayern (Orig.), Sept. 22, StA. 34/3, 25. Antwort auf ein uns ebenfalls unbekanntes Schreiben vom 22. Sept. Vgl. die u. S. 56 in den Anm. angef. Schreiben. Bes. kommt hier das Schreiben Maximilians v. 16. Okt. in Betracht.

[5]) Bayern an Mainz (Cpt.), Okt. 2, StA. 34/3, 64.

worden, und nur das Ableben Georg Friedrichs hatte bisher die Ausführung dieses Beschlusses verhindert.[1]) Außer auf diesen Umstand hatte vermutlich Kurz auf die Vorgänge des verflossenen Monats hinzuweisen und darzulegen, daß ohne Verzug über das Verhalten der Liga gegenüber den drohenden Gefahren und über die Mittel zu deren Abwehr, das heißt, über die weitere Erhaltung der Bundesarmee beraten werden müsse.[2])

Der Zweck, den Maximilian bei seinem Antrage im Auge hatte, wird uns klar werden, wenn wir uns der Lage erinnern, in der er sich seinen Ligagenossen gegenüber befand.

Es war schon oben davon die Rede, wie säumig die Bundesstände in der Erfüllung ihrer Pflichten, in der Erlegung ihrer Beiträge zur Bundeskasse waren, wie schwer es ferner dem Kurfürsten von Bayern die Bundestage machten, eine gedeihliche Ordnung in die ligistischen Verhältnisse zu bringen und sich eine zuverlässige Unterstützung für den Notfall zu sichern.[3]) Dazu kam, daß die zu den Versammlungen abgeordneten Vertreter der Ligisten — nur selten nahmen einzelne Stände persönlich teil — sich unbequemen Anträgen gegenüber oft mit dem Mangel an ausreichenden Instruktionen entschuldigten, oder daß ihre Herren nach dem Bundestage den eingegangenen Verpflichtungen ihre Zustimmung versagten, indem sie erklärten, sich durch Gesandtenbeschlüsse nicht verpflichtet zu fühlen. Das konnten sie um so eher, als ein Mittel zu einer zwangsweisen Durchführung der Abschiede nicht vorhanden war.[4]) Weiter war es durch das Vorhandensein kaiserlich gesinnter Elemente innerhalb des Bundes unmöglich gemacht, die Beratungen der Bundestage vor dem kaiserlichen Hofe geheim zu halten. Erst kürzlich hatten die ligistischen Gesandten in Wien diese Erfahrung machen und die Übelstände kennen lernen müssen, die eine solche Indiskretion im Gefolge hatte. Dort war man längst über die Heidel-

[1]) Max. an Tilly (Cpt.), Juli 24, RA. tom. 155, 33.
[2]) Vgl. u. S. 56 ff. Anm.
[3]) Vgl. oben S. 29 ff.
[4]) „. . . . Wann gleich ein gemainer schluß gemacht und verglichen würde, daß es dannoch hernach, inmaßen man bishero in der that nur gar zuvil und mit merklichen ungelegenheiten erfahren, an vollzieh= und zuehaltung dergleichen bundsschlüssen ermanglet.“ Bayern an Mainz (Cpt.), Okt. 2., StA. 34/3, 64.

berger Verhandlungen unterrichtet gewesen, und nach Maximilians Meinung hatten aus diesem Grunde die kaiserlichen Räte sich den Forderungen der Gesandten gegenüber so unnachgiebig gezeigt.[1]) Solchen Übelständen dachte nun wohl Maximilian durch die Partikularkonferenz zu begegnen. Auf ihr durfte er hoffen, eine Festsetzung der Stärke des Heeres und der Mittel zu dessen Unterhalt auf eine längere Zeit, nicht nur auf Monate hinaus zu erreichen. Die persönliche Anwesenheit und die persönliche Zusicherung der drei mächtigsten Stände sollte ihn vor der Entschuldigung der Gesandten oder der später verweigerten Zustimmung zu deren Beschlüssen bewahren. Endlich konnte bei einer solchen Zusammenkunft viel besser über Dinge verhandelt werden, die vor dem kaiserlichen Hofe geheim bleiben sollten. Aber die Partikularkonferenz war nicht allein dazu bestimmt, ligistischen Zwecken zu dienen. Der bayerische Gesandte hatte auch darauf hinzuweisen, daß das Zustandekommen des Kurfürstentages durch Johann Georgs Weigerung daran teilzunehmen leider in weite Ferne gerückt sei — wir werden alsbald hören, wie weit es Maximilian mit diesem Bedauern ernst war — und daß sich daraus die Notwendigkeit ergebe, schon bei der Konferenz die allgemeinen Reichsverhältnisse in Beratung zu ziehen.[2])

Wir erinnern uns ferner des Mainzer Schreibens vom 25. Juni, des letzten, das die Hand Georg Friedrichs unterzeichnet hatte. Hier war von diesem ebenfalls zur Abstellung der Übelstände im Reich eine baldige Zusammenkunft der vornehmsten Reichsfürsten in Vorschlag gebracht worden.[3]) Vermutlich hatte Kurz dieses Schreibens zu gedenken, um seinem Antrag größeren Nachdruck zu verleihen. Freilich bestand zwischen den Vorschlägen Georg Friedrichs und

---

[1]) Bayern an Mainz (Cpt.), Okt. 16., StA. 34/3, 111. „... zu geschweigen daß man bishero gesehen und erfahren, daß die gehaimb dessen, was die gesandte bei denen bundsversamblungen und sonderlich der lezsteren zu Heidelberg beschlossen, nit gehalten, sonder sogar der abschid an den kaiserlichen hof communicirt und dardurch die ganze negociation schwerer gemacht, ja eben dies verursacht worden ist, daß man der quartier und anders halber keine gewührige resolution erlangen konde ...." Über die Veröffentl. des Heidelb. Absch.'s vgl. auch die Instr. der bayer. Ges. zum Mergenth. Bdstg. Vgl. u.

[2]) Mainz an Bayern (Orig.), Sept. 22., StA. 34/3, 25 u. B. a. M. (Cpt.), Okt. 16.

[3]) S. o. S. 27.

und Maximilians ein tiefgehender und wichtiger Unterschied. Jener hatte gefordert, daß zu der Konferenz auch die protestantischen Kurfürsten und andere Reichsfürsten von Macht und Einfluß zugezogen werden sollten, während Maximilian ganz zweifellos nur eine Versammlung der katholischen Kurfürsten wünschte. In einem späteren Schreiben begründete er die Fernhaltung der Protestanten damit, daß diese gewiß auf der Partikularkonferenz durch ihre Beschwerden über das Restitutionsedikt den Fortgang der Verhandlungen erschweren würden.[1]) Auch zu den Beratungen über die allgemeinen Verhältnisse mußte Maximilian die Gegenwart der katholischen Kurfürsten dringend wünschen. Einmal war hier die Geheimhaltung der Verhandlungen doppelt nötig, daneben aber gebot das eigene Interesse dem Kurfürsten, daß er sich zu einem etwaigen Vorgehen gegen die kaiserliche und spanische Politik die unbedingte und zuverlässige Hilfe der drei geistlichen Kurfürsten durch das Eingehen einer persönlichen Verpflichtung sicherte. Er mußte das umsomehr, als er gerade, wie wir schon erwähnten, jederzeit bei den Ligisten das Bestreben sah, ihn bei gefahrvollen Unternehmungen in den Vordergrund zu drängen. Ein Punkt des Anbringens scheint zunächst befremdend: Maximilian wünschte die persönliche Anwesenheit der geistlichen Kurfürsten, er selbst aber erklärte, nur seinen Gesandten zu dieser Konferenz abordnen zu wollen. Vielleicht wollte er so

---

[1]) Wegen der Wichtigkeit dieses Schreibens, die uns in anderem Zusammenhange klar werden wird, teilen wir die betr. Stelle hier mit: „Sintemalen dan aus dem allen sovil zu ersehen und abzunemen ist, daß Chursachsens L. sowol gemelten kais. edict und daß J. Mt. es ungeacht aller von S. L. bei deroselben dargegen eingewandten und erwiderten erinnerungen und bedenken, darbei nicht destoweniger allerdings bewenden lassen, als auch die gegen die statt Augsburg unlengst vorgenommene reformation noch immerzu hoch empfinden und anden, zwar mit etwas glimpflichen doch solchen worten, daraus wohl zu schließen, daß sie eine und die andere sachen dermaßen apprehendiert, daß sie sich darvon leicht nit werden wenden und bereden lassen. So ist dannenhero auch unschwer zu ermessen, daß dieselbe nunmehr auch desdoweniger werden zu bewegen sein, ein collegialtag oder die vorgeschlagene particularzusamenkonft etlicher churfürsten entweder in der person oder durch dero gesanten zu besuchen und zum fall J. L. sich je lestens schon soweit vermögen ließen, so ist doch zu besorgen, sie werden obberierter und anderer sachen halber bei dem particularconvent solche schwere postulata moviren und proponiren lassen, welche die catholische churfürsten über sich zu nemen oder deretwegen was einzuwilligen groß bedenken haben möchten." Bayern an Mainz (Cpt.), Sept. 25., StA. 34 3, 48. Vgl. ferner Instr. an Kurz 1630 Jan. RA. Nr. 241.

verhindern, daß man am kaiserlichen Hofe einer Versammlung, bei welcher der Führer der katholischen Opposition fehlte, allzugroße Bedeutung beilegte, vielleicht hoffte er auch auf diese Weise zwecklose Erörterungen und das Zustandekommen von unangenehmen Beschlüssen zu verhüten, indem er dasselbe Mittel anwandte, dessen Gebrauch seitens der Ligagenossen er bisher zur Genüge kennen gelernt hatte. Übrigens wollte er von der Annahme dieses einen Punktes nicht die des ganzen Vorschlages abhängig machen: er war bereit auf den Wunsch der anderen Kurfürsten auch persönlich zu erscheinen.[1])

Wenn Maximilian gehofft hatte, an dem neuen Mainzer Kurfürsten eine Stütze bei der Durchführung seiner Pläne zu finden, so sollte er sich jetzt bitter getäuscht sehen. Zwar ein entschiedener Gegner der kaiserlichen Politik, aber ebenso wenig zu irgendwelchen Opfern bereit, wie die übrigen Ligagenossen, brachte Anselm Casimir dem Vorschlage Maximilians wohl von vornherein große Abneigung entgegen. Zuerst freilich scheint er ihn in seiner Antwort an Kurz nicht endgültig abgelehnt zu haben,[2]) ein geeigneter Vorwand dazu mochte ihm fehlen. Doch bald sollte dieser sich finden. —

Seit der Anwesenheit der ligistischen Gesandten in Wien hatte man sich am kaiserlichen Hofe hinsichtlich des geplanten Kurfürstentages in Schweigen gehüllt.[3]) Auch die Rückberufung des Freiherrn von Kurz von seiner Gesandtschaft an den sächsischen Hof war, wie es scheint, ohne Widerspruch hingenommen worden. Erst am 8. September richtete Ferdinand II. an den Kurfürsten von Mainz das erneute Ersuchen, unverzüglich einen Kurfürstentag und zwar nach Regensburg auszuschreiben.

Im vergangenen Jahre hatte der Kaiser in dem Wunsche der Kurfürsten, zum Frieden mit Dänemark zu gelangen, ein Hauptmotiv für sein Ersuchen um die Berufung eines Kurfürstenkonventes gehabt. Mittlerweile war nun zwar dieser Friede im Juni 1629

---

[1]) Bayern an Mainz (Cpt.), Okt. 2., StA. 34/3, 64.
[2]) Mainz an Bayern (Orig.), Sept. 12., StA. 34/3, 25.
[3]) Eine Vermutung über die Verschiebung des Conventes findet sich in einem Schreiben Jochers an Bagni (die beiden „mediae personae" der franz.-bayr. Corresp.): Conventum Caesar verisimiliter distulit, ut Hispani alibi suam intentionem interea acquirerent, (Cpt.), Okt. 2, StA. 427/1, 58.

auf andere Weise, durch die Bevollmächtigten des Kaisers und des dänischen Königs geschlossen worden, aber allenthalben loderte an den Grenzen des Reiches neues Kriegsfeuer auf und drohte der kurzen Waffenruhe ein Ende zu machen. In der Begründung seiner Bitte trug der Kaiser dieser Veränderung der Zeitverhältnisse Rechnung. Er bemühte sich darzutun, wie seine Politik bisher nie ein höheres Ziel gekannt habe, als die Herstellung des Friedens und schilderte ausführlich seine verschiedenen Versuche, diesen zu erreichen. Er ging dabei bis in den Anfang der zwanziger Jahre zurück, wo er das Zustandekommen eines Reichsdeputationstages zur Beilegung aller Zwistigkeiten jederzeit, freilich vergeblich gewünscht habe, bis dann mit seiner „Einwilligung“ 1627 der Kurfürstentag von Mühlhausen zusammengetreten sei.[1] Hier habe man einen neuen Konvent zur Herstellung des Friedens vorgeschlagen, und er sei stets bestrebt gewesen, die Hindernisse, die sich dessen Ausschreibung in den Weg gestellt hätten, zu beseitigen, vor allem den Kurfürsten von Sachsen von seiner Weigerung, den Kollegialtag persönlich zu besuchen, abzubringen. Zwar sei jetzt der Friede mit Dänemark geschlossen, aber von allen Seiten werde das Reich durch neue Gefahren bedroht, welche die Zusammenkunft der Kurfürsten mit dem Kaiser dringend notwendig machten. Bei dieser müsse man beraten, „wie allen weiter besorgenden übeln und unheil vorzukommen sein möchte.“ In diesem Sinne habe ihn auch unlängst die Gesandtschaft der ligistischen Stände dringend um die Beförderung der Versammlung ersucht. Zum Schlusse bat er, die Kurfürsten von Mainz und Bayern möchten, nachdem jüngst die Bemühungen des Grafen Trautmansdorf, Johann Georg zum Besuche des Konventes zu bewegen, gescheitert seien, nun ihrerseits den Versuch wiederholen und eine eigene Gesandtschaft in derselben Angelegenheit an Kursachsen schicken.[2])

Die Ursache des kaiserlichen Ansuchens sah man am bayerischen Hofe lediglich in dem Wunsche Ferdinands, seinen Sohn möglichst

---

[1]) Eine ähnliche nur ausführlichere Schilderung dieser Friedensbestrebungen ist in der kais. Proposition zum Regensburger Tage enthalten. Vgl. Lundorp. Acta publica IV, 64 ff.

[2]) Der Kaiser an Mainz (Cop.), StA. 34/3, 17.

bald mit der römischen Königskrone geschmückt zu sehen, und dieses Verlangen wiederum brachte man in Zusammenhang mit der schon oben erwähnten Heiratsangelegenheit des jüngern Ferdinand, die gegenwärtig in ein neues Stadium ihrer Entwicklung getreten war.[1])

Wie erwähnt, war anfänglich von spanischer Seite das Zustandekommen dieser neuen verwandtschaftlichen Verbindung der beiden habsburgischen Häuser u. a. an die Bedingung geknüpft worden, daß der Bräutigam noch vor der Vermählung zum römischen Könige gewählt sein müsse.[2]) Doch hatten mittlerweile die Verhandlungen zwischen dem kaiserlichen und dem spanischen Hofe dahin geführt, daß im April 1629[3]) die Vermählung in Madrid per procurationem vollzogen worden war, und schon hatte der Kaiser an hervorragende Reichsfürsten, darunter auch an Kurfürst Maximilian, Einladungen zu der auf den Juni festgesetzten Vereinigung der jungen Gatten ergehen lassen.[4]) Dann war aber ganz unerwartet die Abreise der Infantin von Madrid verschoben worden, und man vermutete nun in München, wo man durch Berichte des kaiserlichen Botschafters am spanischen Hofe, des Grafen Khevenhüller, in dieser Angelegenheit auf dem laufenden erhalten wurde, daß die Ankunft der Infantin in Wien solange verzögert werden solle, bis die Königswahl auf dem Kurfürstentag vollzogen sei.[5]) Wie weit diese Ansicht der Wahrheit entsprach, haben wir nicht feststellen können, zweifellos richtig war aber die Vermutung, daß der Kaiser den Konvent wie im Vorjahre in erster Linie wünschte, um seinem Sohn die An=

---

[1]) Jocher an Bagni (Cpt.), Okt. 2, StA. 427/1, 58 .... Caesar d. conventum electorum desiderat et quaerit, ut indicatur expresse tantum ad d. finem reipublicae periclitantis causa, sed sine dubio, ut hac occasione electio regis intercedat et promoveatur etc. .... Aiunt Caesareanos iam electionem cooptare, quod rex Ungariae sponsam suam habere non possit nisi rex Romanorum.

[2]) S. o. S. 8.

[3]) Gindely, E. Heirat mit Hindern. S. 647 ff.

[4]) Maximilian lehnte dankend ab. M. a. d. K. (Cpt.), Mai 26., StA. 4/3, 278. Das Gutachten seiner Räte über diese Einladung 287.

[5]) Auch sonst scheint diese Ansicht viel verbreitet gewesen zu sein, so heißt es in der oben erwähnten Flugschrift „Der Teutsche asinus": „Sintemal die Spanische Braut nicht hieraus gefolget werden soll, es sei denn die römische ebenso wohl erblich als die böhmische und ungarische Krone gemacht worden."

wartschaft auf die Nachfolge im Reiche zu sichern.[1]) Freilich stand davon in Ferdinands Schreiben vom 8. September — und wir fügen hinzu, in allen folgenden, die er in der gleichen Angelegenheit an die Kurfürsten richtete — kein Wort, während er doch bisher aus seinen Wünschen und Zielen kein Hehl gemacht hatte: auch noch in Heidelberg war von seinen Vertreter offen der Konvent und die Königswahl in Verbindung gebracht worden. Vermutlich bedeutete dieses Verschweigen des Hauptgrundes eine Veränderung der bisher vom kaiserlichen Hofe befolgten Taktik. Was sie verursacht hat, wird unschwer zu erkennen sein.

Wir sahen schon, wie verbreitet unter den Ligisten die Sehnsucht nach Frieden war, und wie sie auf der Heidelberger Versammlung in einer Zusammenkunft des Kaisers mit den Kurfürsten das sicherste Mittel erblickt hatten, an das Ziel ihrer Wünsche zu gelangen. Das Anbringen der Bundesgesandten in Wien, worauf sich der Kaiser in seinem Schreiben bezog, hatte, wenn das nicht schon früher geschehen war, die leitenden Staatsmänner des kaiserlichen Hofes von dieser Stimmung im ligistischen Lager in Kenntnis gesetzt. Es war danach kein übler Schachzug, wenn Ferdinand jetzt in seinem Schreiben als Zweck des Kurfürstentages lediglich die Ordnung der auswärtigen Verhältnisse im Sinne des katholischen Bundes, das heißt die Herstellung des Friedens in Aussicht nahm. Eine Begründung, die den Wünschen der ligistischen Majorität insoweit entgegenkam, mußte die etwaigen Gegner des Projektes innerhalb der Liga in eine peinliche Lage versetzen: denn lehnten sie die Bitte des Kaisers ab, so erschienen sie dadurch ihren Bundesgenossen als Gegner und Störer des Friedenswerkes.

Wie richtig hierin die kaiserlichen Räte gerechnet hatten, sollte sich alsbald in der Antwort des Kurfürsten von Mainz auf das kaiserliche Schreiben zeigen. Anselm Kasimir stand, wie es scheint, im Gegensatz zu den meisten seiner Bundesgenossen, dem Gedanken einer Zusammenkunft der Kurfürsten mit dem Kaiser nicht freundlich gegenüber.

Die Gründe dafür sind nicht völlig klar. Vielleicht reichte seine starke persönliche Abneigung gegen das kaiserliche Haus hin, um

[1]) Vgl. Heyne, S. 176.

allen von dort ausgehenden Wünschen seine Zustimmung zu versagen.[1]) Auch scheint er im Gegensatz zu der großen Mehrzahl seiner Ligagenossen nicht von der absoluten Notwendigkeit eines Kurfürstentages überzeugt gewesen zu sein, vielmehr geglaubt zu haben, daß die Herstellung des Friedens und die Beseitigung der Kriegspressuren auch ohne Konvent erreicht werden könne,[2]) und daß hinter dem Ansuchen des Kaisers noch andere als die angegebenen Absichten verborgen seien.[3]) Endlich scheute er wohl bei der übeln Finanzlage des Erzstifts die Kosten, die den am Konvent beteiligten Fürsten aus dem Aufenthalt in einer fremden Stadt und aus der Entfaltung des notwendigen Prunkes in nicht geringem Maße erwuchsen. Aber unter den gegebenen Verhältnissen konnte er nicht daran denken, seine Abneigung gegen den Kollegialtag offen darzulegen, ohne die Mißstimmung und den Groll der Bundesgenossen zu erregen. Immerhin war er jedoch weit davon entfernt, in dieser Zwangslage dem Ersuchen des Kaisers um sofortige Ausschreibung Folge zu leisten. Er antwortete mit einer breiten Aufzählung von Beschwerden über die Verhältnisse der letzten Monate, über die Durchzüge durch ligistisches Gebiet seit dem Abschlusse des Lübecker Friedens, über die Willkür der den Marsch der Truppen leitenden Kriegskommissare, die wohl die Protestanten mit Einquartierungen und Rasttagen verschonten, um die Katholiken damit desto mehr bedrücken zu können, endlich über das allem Herkommen widersprechende Betragen der kaiserlichen Offiziere. Wenn die Truppen, wie man gerüchtweise höre, gar nicht nach Italien geführt würden, sondern in Deutschland bleiben sollten, so könnten die katholischen Kurfürsten ebensowenig wie die protestantischen Land und Leute verlassen, um zu dem Konvente zu reisen. Dessen Zustandekommen wünsche allerdings auch er sehnlichst, aber es werde sehr erschwert sein, wenn nicht der Kaiser alsbald das Reich von der Heereslast befreie oder für

[1]) S. oben S. 31.

[2]) Mainz an Bayern (Orig.), Nov. 29., StA. 34/3, 264. Hier heißt es: Wir glauben zwar, es sei J. k. Mt. wohl möglich, „die hauptdifficulteten und mängeln, so den progress beder armaturn diesmal am meisten hindern, ohne einigen convent abzuehelfen."

[3]) Vgl. u. Ob er dabei wie Max. an die Königswahl dachte, wissen wir nicht. Für eine solche Annahme scheint das u. erw. Schreiben v. 14. Jan. 1630 nicht zu sprechen. StA. 34/4, 31; WStA. 135.

den Fall, daß der Kampf zunächst noch fortgesetzt werden müsse, den Reichskonstitutionen gemäß verfahre und sich des Rates der Kurfürsten bediene, „dann es sonsten wohl endlich einen unverhofften bösen ausgang gewinnen dürfte, welches Gott gnädiglich verhüten wolle". Ferner entschuldigte sich Anselm Casimir, daß er nicht ohne weiteres dem Wunsche des Kaisers um Berufung des Konventes nachkommen könne, er müsse zuvor die übrigen Kurfürsten um ihr Gutachten in dieser Angelegenheit ersuchen. Die Gesandtschaft der beiden Bundesdirektoren an Kursachsen lehnte er rundweg ab. Schwerlich werde sich dadurch Johann Georg unter den jetzigen Verhältnissen zu einem anderen Entschlusse bestimmen lassen, vielmehr könne es leicht bei dieser Gelegenheit zu Auseinandersetzungen und Forderungen hinsichtlich des Restitutionsediktes kommen, woraus dann wohl Mißtrauen zwischen den katholischen und protestantischen Kurfürsten entstehen werde. Am 19. September ging diese Antwort nach Wien ab.[1]) Am gleichen Tage setzte Anselm Casimir die übrigen Kurfürsten vom Ansuchen des Kaisers in Kenntnis und übersandte ihnen Abschriften seiner Antwort, ohne aber seine eigentliche Stellung zum Konvent auch nur mit einem Worte zu berühren.

Ungeteilten und aufrichtigen Beifall fand das kaiserliche Schreiben bei dem Kurfürsten Ferdinand von Cöln. Wir lernten ihn schon oben als den Hauptvertreter der ligistischen Majorität kennen, welche an die Zusammenkunft der Kurfürsten mit dem Kaiser große Hoffnungen knüpfte und nicht abgeneigt war, dem letzteren, wenn er nur ihre Wünsche erfüllte, Zugeständnisse zu machen.[2])

In dem Erscheinen der protestantischen Kurfürsten erblickte der Cölner eine Bürgschaft für den Erfolg des Konventes, zumal ihm

---

[1]) Mainz a. d. Kaiser (Cop.), StA. 34/3, 21. Mainz an Bayern (Orig.), StA. 34/3, 15.

[2]) Am Wiener Hofe sah man in einer gewissen Verkennung der Beweggründe Ferdinands von Cöln diesen als einen Freund der kaiserlichen Sache an, und noch vor wenigen Wochen hatte der Kaiser, als der Kurfürst sich, wie kurz vorher sein Bruder, bitter über die Durchzüge kaiserlicher Truppen beschwerte, Collalto den dringenden Befehl erteilt, ja die Cölner Gebiete mit Durchmärschen zu verschonen, um Ferdinand in seiner kaiserfreundlichen Gesinnung nicht wankend zu machen (Chlumecky, S. 283 f.). Collalto wird diesen Befehlen nachgekommen sein, wenigstens ist in dem Antwortschreiben Ferdinands an Anselm Casimir von den früheren Beschwerden nicht mehr die Rede.

Nachrichten über eine Annäherung ausländischer Fürsten an jene zugekommen waren, und er meinte, man solle sich nach Kräften bemühen, die beiden zum Besuche der Versammlung zu bewegen, auch sie darauf hinweisen, daß sich dabei Gelegenheit bieten werde, über die Abstellung der Kriegspressuren zu verhandeln, „dern zuversichtlichen hoffnung, wan solches durch die curfürsten in person beschehen sollte, es werde bei hochstged. J. k. Mt. besser verfangen, auch etliche kai. ministri, welche mit anderen consiliis und anschlägen umbgehen, mehreres werden reprimirt werden können". Wenn auch solche Argumente nichts nützten, schrieb Ferdinand, sollten trotzdem die katholischen Kurfürsten allein mit dem Kaiser zusammentreten, um über die Rettung des Vaterlandes zu beraten.[1])

In ähnlichem Sinn, nur zurückhaltender und gleichgültiger äußerte sich Pilipp Christoph von Trier: eine Reichsversammlung erscheine ihm zwar ersprießlicher, doch wolle er sich auch einen Kurfürstentag gefallen lassen.[2])

Schon am 2. Oktober war die Antwort Maximilians von Bayern erfolgt. Wir haben oben die Vermutung ausgesprochen, daß der Kurfürst von Anfang an dem Projekte des Kaisers die entschiedenste Abneigung entgegengebracht habe und zwar, weil er in dem Kurfürstentage unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Hauptmittel erblickte, das den Habsburgern und ihren Parteigängern zur Durchführung ihrer absolutistischen Pläne dienen sollte. Da er, so meinten wir, der Unterstützung der übrigen Kurfürsten nicht sicher war, sich selbst aber der Möglichkeit nicht aussetzen wollte, allein oder mit einer Minorität gegen die Anträge des Kaisers zu stimmen, so versuchte er das Zustandekommen des Konventes nach Kräften zu verhindern.

Für diese Auffassung von der Haltung Maximilians werden wir freilich in dem Schreiben, das er an Kurmainz sandte, kaum eine Stütze finden. Er stimmte darin den Klagen Anselm Casimirs über die Durchzüge und Exzesse der kaiserlichen Soldateska vollständig zu. Den Vorwurf, den man aus dem Ansuchen des Kaisers entnehmen konnte, daß es nämlich an den Kurfürsten gelegen hätte,

---

[1]) Cöln an Mainz (Cop.), Okt. 7., StA. 34/3, 95.
[2]) Trier an Mainz (Cop.), Okt. 15, StA. 34/3, 125.

wenn bisher der Konvent nicht zustande gekommen wäre, wies er scharf zurück; auch stellte er die Bemühungen des Kaisers um die Beförderung eines Konventes schon vor der Mühlhausener Versammlung in Abrede: gerade damals, wo es viel leichter gewesen sei, die Hindernisse zu einer Zusammenkunft zu beseitigen, habe der Kaiser es unterlassen, eine solche zu berufen, ja es scheine, „daß diejenige, welche J. k. Mt. solang davon abgehalten, andere intentiones darunder gehabt und dises heilsames werk allein zu dem end aufgezogen haben, damit sie ihre dissegni entzwischen desto bösser zu werk richten, curfürsten und ständ des reichs, inmaßen aniezt der augenschein bezeugt, in mehreren zwang bringen und hernegst mit ihnen aignes wöllens und gefallens gebahren könden.“ Er gab zu, daß Sachsens Weigerung bisher den Konvent verhindert habe, aber die Schuld daran treffe den Kaiser, der die Beschwerden Johann Georgs bisher nicht abgestellt habe, und man könne es dem Kurfürsten unter solchen Verhältnissen wirklich nicht verargen, wenn er sich weigere, Land und Leute zu verlassen. Sorge nun der Kaiser nicht für Beseitigung der Kriegspressuren, so werde Sachsen nicht auf dem Kollegialtag erscheinen; ohne seine persönliche Teilnahme sei aber auf einen guten Erfolg der Versammlung nicht zu rechnen. Eine ligistische Gesandtschaft an den Kurfürsten werde vollkommen nutzlos sein; zudem könne es bei dieser Gelegenheit leicht zu mißliebigen Auseinandersetzungen kommen, die man entschieden vermeiden müsse. Die Bemerkung des kaiserlichen Briefes, der Kurfürstentag von Mühlhausen sei mit Einwilligung des Kaisers ausgeschrieben worden, erregte Maximilians Mißtrauen und gab ihm Veranlassung, auf die Reichssatzungen hinzuweisen, wonach es den Kurfürsten freistehe, zusammenzukommen, so oft sie über die Angelegenheiten des Reiches beraten wollten.[1])

Am Schlusse des Schreibens sprach er dann die Hoffnung aus, daß Anselm Casimir den Konvent, den man schon vordem für notwendig gehalten habe, um das Reich vor völligem Untergang

[1]) Dieser Protest steht offenbar im Zusammenhang mit dem Projekt der Partikularkonferenz. Auf den Wunsch Maximilians erhob sodann Anselm Casimir über den erw. Ausdruck Beschwerde am kais. Hof. Bald traf auch ein Entschuldigungsschreiben des Reichsvicekanzlers von Strahlendorf ein. StA. 34/3, 180. S. auch unten.

zu bewahren, ausschreiben werde, sobald die Hindernisse für den Besuch aus dem Wege geräumt seien.

In dieser Fassung ging das Schreiben ab. Von der Stellung, die der Kurfürst unserer Vermutung nach zu dem Projekte des Kaisers einnahm, findet sich also darin trotz der Schärfe und Bitterkeit des Tones nicht die leiseste Andeutung.

Doch vermögen wir aus dem uns vorliegenden Entwurfe des Briefes eine erste, größtenteils von der Hand des Vizekanzlers Richel stammende Fassung zu erkennen, deren von der endgültigen Form wesentlich verschiedener Schluß die Abneigung Maximilians und ihre Gründe wohl durchblicken läßt.

Nachdem nämlich hier der Kurfürst in anderen und noch weniger bereitwilliger lautenden Worten seine Zustimmung zur Berufung des Konventes gegeben hat, spricht er den Zweifel aus, ob sich auf der Zusammenkunft der Kurfürsten mit dem Kaiser, die nur mit großer Mühe zustande gebracht werden könne, der gemeinnützige Zweck werde erreichen lassen, und ob nicht vielmehr „J. k. Mt. vor allen dingen auf das successionwesen tringen, und weiln die catholischen curfürsten sich nit allain und ohne gegenwart baider curfürsten zu Saxen und Brandenburg nit gern einlassen noch dergleichen praeiudicium auf sich laden, die anwesende curfl. Sax- und Brandenburgische gesandten, aber hierüber nit instruiert sein werden, daß sich demnach das übrige, zu dessen richtigmach- und erhebung dergleichen convent vornemblich angesehen, eingeraten und beliebt worden, merklich stecken, ja wan das successionwerk den an seiten J. k. Mt. vorgezülten effect nit erraichen solte, der convent wohl allerdings ohne frucht abgehen und man unverrichter sachen wiederum von einander ziehen mechte.“

Richel selbst hat dann diesen Satz getilgt und den andern wesentlich milderen Schluß hinzugefügt.[1]) Auch während der folgenden Monate wird in der Korrespondenz Maximilians mit den übrigen Kurfürsten der Königswahl mit keinem Worte Erwähnung getan. Offenbar waren für ihn dabei die Gründe maßgebend, die auch den Mainzer Kurfürsten zum Verschweigen seiner wirklichen Meinung

[1]) Bayern an Mainz (Cpt.), StA. 34/3, 59.

bewogen. Wie dieser wollte Maximilian jeden Zweifel an seiner Geneigtheit zur Beförderung des Konventes vermeiden. Denn er hielt Anselm Casimir für einen Freund des kaiserlichen Projektes, ebenso wie dieser sich durch die Erklärung des bayerischen Kurfürsten über dessen wahre Gesinnung täuschen ließ.[1])

Für die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg kamen Gründe, wie sie Anselm Casimir von Mainz und Maximilian von Bayern zur Geheimhaltung ihrer Ansichten bewogen, nicht in Betracht, denn nicht nur an ihren Höfen, auch sonst in den protestantischen Kreisen Norddeutschlands sah man dem Kurfürstentag mit unverhohlenem Mißtrauen entgegen,[2]) und so konnten Beide offen ihre Stellung zum Projekt des Kaisers darlegen.

Zwar lautete die Antwort Kursachsens auf das Mainzer Schreiben vom 19. September nicht so direkt abweisend wie seine früheren Erklärungen in der gleichen Sache. Der Kurfürst bat um Zusendung der Gutachten der ihm in der Rangordnung vorgehenden Mitglieder des Kollegs,[3]) und nach ihrem Empfang forderte er neue Bedenkzeit, um die wichtige Angelegenheit in reifliche Erwägung zu ziehen,[4]) aber er tat dies wohl nur, um eine Verzögerung des Ausschreibens zu erreichen. So enthielt denn auch seine endgültige Antwort vom 7. Dezember unter Hinweis auf die sich immer unerträglicher gestaltenden Kriegspressuren die entschiedene Weigerung, persönlich den Konvent zu besuchen. Wie schon früher stellte er aber wenigstens die Teilnahme von Gesandten in Aussicht.[5]) Die Antwort des Kurfürsten von Brandenburg erfolgte am 30. November. Wir kennen ihren Wortlaut nicht, jedenfalls war sie jedoch ablehnend, und sogar das Erscheinen von Gesandten scheint sie zweifelhaft gelassen zu haben.[6])

---

[1]) Vgl. dazu die Bemerkung bei Stieve Max. I. S. 21.

[2]) In den prot. Flugschriften kommt dieser Gedanke oft genug zum Ausdruck. So z. B. in der mehrfach erwähnten Schrift „Der deutsche Asinus". Eine Satire auf die bevorstehenden Verhandlungen in Religionssachen scheint mir in dem „Protocollum cogitationum in conventu Ratisbonensi Catholicorum et Evangelicorum" vorzuliegen.

[3]) Sachsen an Mainz (Cop.), Okt. 19., StA. 34/3, 197. Mainz an Sachsen (Cop.), Nov. 6., ebda. 34/3, 217.

[4]) Sachsen an Mainz (Cop.), Nov. 19., StA. 34/3, 279.

[5]) Sachsen an Mainz (Cop.), StA. 53/8, 435.

[6]) Mainz an Brandenburg (Cop.), StA. 34/3, 352. Max. an den Fürsten v. Zollern (Cpt.), Jan. 6., ebda. 279/36, 18.

In der Folgezeit sehen wir Anselm Casimir und Maximilian sich bemühen, die beiden protestantischen Kurfürsten von ihrer Weigerung abzubringen. An der Aufrichtigkeit dieser Versuche werden wir bei der Auffassung, die wir von der Stellung der beiden Kurfürsten zum kaiserlichen Konventsprojekte gewonnen haben, zweifeln müssen. Und wir werden in diesem Zweifel bestärkt, wenn wir uns der oben erwähnten entschiedenen Ablehnung der vom Kaiser gewünschten Gesandtschaft an Kursachsen, vor allem aber der Abneigung erinnern, die Maximilian gegen ein persönliches Zusammensein mit den protestantischen Kollegen bekundet hatte.[1])

Es wird daher wohl mit Recht vermutet werden können, daß die Bemühungen der Beiden nichts anderes bezweckten, als die Ligagenossen und den Kaiser von ihrer Geneigtheit zum Kollegialtag zu überzeugen, andererseits aber alle Schuld an dessen Verzögerung auf die protestantischen Kurfürsten, vornehmlich auf Johann Georg zu schieben, dessen Erscheinen, wie sie sagten, ihnen als die erste Bedingung für einen guten Erfolg des Konventes galt. An dieser Erklärung aber hielten sie in der Folgezeit um so mehr fest, als der Kaiser, dem selbst wenig oder nichts an der Teilnahme der Protestanten gelegen war, schon im Oktober an Kurmainz das Ersuchen richtete, auch dann, wenn Sachsen bei seiner Weigerung beharre, den Tag auszuschreiben.[2]) —

So wenig geneigt nun Anselm Casimir war, die Wünsche des Kaisers zu erfüllen, so fand er doch darin einen billigen Vorwand, um die ihm nicht weniger unwillkommenen Anträge Maximilians bezüglich der Patikularkonferenz der katholischen Kurfürsten abzulehnen. Bevor man nicht wisse, schrieb er an diesen, was aus dem Kurfürstentag werde, sei es nicht möglich, weiter an die Sonderzusammenkunft zu denken.[3]) Aber Maximilian war nicht gewillt, auf Grund einer solchen Entschuldigung sein Projekt aufzugeben, hatten sich doch seit Kurzens Sendung die Übelstände, die er durch die Konferenz abzustellen hoffte, beinahe von Tag zu Tag verschlimmert.

---

[1]) Vgl. oben S. 40 Anm. 1 u. unten.
[2]) Der Kaiser an Mainz (Cop. am 29. Okt. an Bayern gesch.) undatiert. StA. 34/3, 170.
[3]) Mainz an Bayern (Orig.), Sept. 22., StA. 34/3, 25.

Kurze Zeit vor der Abreise seines Gesandten nach Mainz hatte Maximilian den Generalkriegskommissar von Ruepp, der wohl infolge der oben erwähnten Nachrichten Tillys mit der Beobachtung der nach Süden ziehenden kaiserlichen Truppen betraut worden war, den Befehl erteilt, persönlich den Grafen von Collalto um Verschonung der ligistischen Gebiete mit Durchzügen und Einquartierungen zu ersuchen.[1]) Ende August aber mußte er erfahren, daß Ruepps Bemühungen völlig erfoglos gewesen waren. Trotz neuer Zusicherungen des Kaisers an Maximilian[2]) erklärte Collalto rundweg, eine Umgehung der ligistischen Lande sei ihm völlig unmöglich.[3]) Von allen Seiten erhielt der Kurfürst in den folgenden Wochen Beschwerden der Ligagenossen. Im Bistum Würzburg blieben sechs Regimenter samt der Artillerie zehn Tage lang liegen, ebenso in Eichstätt mehrere Kompagnien des Obersten Piccolomini unter dem Vorwand, sie hätten Befehl, dort auf weitere Weisungen zu warten. Nicht minder hatten die schwäbischen Prälaten, hatten Augsburg, Fulda und die Gebiete der rheinischen Ligisten zu leiden.[4]) Wohl in Verbindung mit diesen Durchmärschen, tauchte auch von neuem das alte Gerücht auf, Wallenstein beabsichtige, sich persönlich nach Oberdeutschland zu begeben, obwohl schon Anfang September die Vorbereitungen, die man in Memmingen zu des Herzogs Empfange getroffen hatte, wieder abgestellt worden waren.[5])

---

[1]) Instruktion an Ruepp. (Cop.), Aug. 7., RA. tom. 157, 155.

[2]) Der Kaiser an Bayern (Orig.), Aug. 12., StA. 4/4, 68.

[3]) Bayern an Mainz (Cpt.), Aug. 28., StA. 34/2, 389.

[4]) Bayern an den Kaiser (Cpt.), Sept. 21., StA. 4/4, 159. Mainz und Bayern an den Kaiser (Cpt.), Sept. 12. Bitte um Verschonung der schwäbischen Prälaten. Hier findet sich auch folg. merkwürdige Beschwerde, deren Anlaß uns unbekannt ist: „Nachdem uns auch under disem wesen allerhand nachdenkliche und anzüigige reden fürkomen, welche von tails E. k. Mt. kriegsoffizieren hin und wider spargiert werden, und da sie deroselben von den kriegsofficieren vorgebracht werden sollten, leichtlich allerhand ungleiche gedanken gegen uns und unsere mitverainten verursachen mechten, welche reden doch alle zumal den geringsten grund nit haben, als seind wir der unterthänigsten ungezweifelten hoffnung, obschon E. k. Mt. von uns oder unsern mitverainten solche ungleiche reden oder impressiones fürkommen solten, dieselbe werden selbige iren kais. hochen verstand nach in kain acht nemen, sonder unser und der gesambten verainten catholischen curfürsten und stenden bisher E. k. Mt. und dero hochloblichen haus im werk selbst mit unsaglichen großen kosten gefahr und mühe erwisne treu, gehorsamb und devotion erfahren haben . . . . . .“ Die Antwort des Kaisers kennen wir nicht.

[5]) Jocher an Bagni (eigh. Cpt.), Sept. 3., StA. 427/1, 55. Vgl. auch Bauer, S. 58 f., bes. S. 59 Anm. 2.

Solche Nachrichten mußten Maximilian mit um so größerer Besorgnis erfüllen, als zu derselben Zeit vom kaiserlichen Hofe dringender als je zuvor an die Liga eine Forderung gestellt wurde, welcher diese keinen durch ihr Recht begründeten Widerspruch entgegensetzen konnte. Es handelte sich um die Abführung ligistischer Truppen aus den protestantischen Gebieten der drei oberdeutschen Reichskreise, eine Angelegenheit, worüber es schon auf dem Heidelberger Tage und danach in Wien bei der Anwesenheit der ligistischen Gesandten zu eingehenden Verhandlungen gekommen war, ohne daß man jedoch den Kaiser von seinem Wunsche hatte abbringen können.[1]) Da Maximilian aber keine Möglichkeit wußte, die Truppen anderswo einzuquartieren, so hatte er es bisher unterlassen, dem Befehle Folge zu leisten.[2]) Am 18. September wandte sich nun Ferdinand auf Grund neuer Beschwerden der mit jenen Truppen belegten Stände wiederum mit dem dringenden Ersuchen an den Kurfürsten, ohne weiteren Verzug die 20 Kompagnien ligistischer Kavallerie abführen zu lassen.[3]) Und es waren nicht die Protestanten Süddeutschlands allein, deren Klagen über die Einquartierung von Bundestruppen der Kaiser unterstützte. Schon Ende August hatte er unter Hinweis auf die beständigen Klagen des Herzogs von Braunschweig-Lüneburg die Abführung der Ligatruppen aus dessen Landen verlangt.[4]) Jetzt forderte er das nämliche auch in Bezug auf Brandenburg, Oldenburg, Sachsen-Weimar u. a.[5]) Maximilian wies in seiner Antwort auf die Gefahren hin, die den von jeder Besatzung entblößten Gebieten von außen drohen würden,[6]) aber mehr als diese Gefahren war es der Umstand, daß der Kaiser sich der Protestanten gegen die katholischen Reichsstände annahm, der den Kurfürsten mit Besorgnis erfüllte.[7]) Welche Stütze gewannen nicht jene für ihre Klagen über die Kriegspressuren, wenn sie den Kaiser auf ihrer Seite wußten, und wie mußte der Groll gegen

---

[1]) Vgl. oben S. 26 Anm. 1.
[2]) Bayern an Mainz (Cpt.), Aug. 28., StA. 34/2, 389.
[3]) Der Kaiser an Bayern (Orig.), Sept. 18., StA. 4/4, 128.
[4]) Der Kaiser an Bayern (Orig.), Aug. 25., StA. 4/4, 101.
[5]) Der K. a. B. (Orig.), Sept. 18., StA. 4/4, 130.
[6]) B. a. d. K. (Cpt.), Sept. 21 StA. 4/4, 159.
[7]) Vgl. u. S. 58.

die Liga sich steigern, wenn sie hörten, daß diese allein und nicht der Kaiser die Schuld an ihrem Übel trage.

Einmal hatte sich Aussicht für die Liga geboten, neue Quartiere für ihre Truppen zu gewinnen. Das beständige Vordringen der Holländer gewährte den beiden Bundesdirektoren einen geeigneten Vorwand, die von jenen besonders bedrohten Gebiete der Wetterau und des Westerwaldes als Quartiere für die ligistischen Truppen zu fordern. Die Holländer, schrieben sie, würden nicht wagen, die von neutralen Truppen — wie dies die ligistischen im Gegensatz zu den kaiserlichen seien — besetzten Lande anzugreifen. Aber der Versuch, den Kaiser durch solche Gründe zur Überlassung der Quartiere zu bewegen, schlug fehl: Wetterau und Westerwald wurden seinen Truppen zugewiesen.[1])

Maximilian sah in alledem nur den systematisch geplanten und durchgeführten Versuch, der Liga die Möglichkeit zu nehmen, noch länger ein selbständiges Heer zu erhalten. Sei dann mit diesem ihr Schutz und ihre Macht vernichtet, so werde, meinte der Kurfürst, für Wallenstein die Zeit gekommen sein, um die längst geplante Umgestaltung der Reichsverfassung vorzunehmen. Es erschien ihm nur als eine weitere Konsequenz desselben Systems, wenn zu gleicher Zeit der kaiserliche Oberfeldherr bemüht war, die besten Offiziere der ligistischen Armee zum Übertritt in des Kaisers Dienste zu bewegen. Schon waren Lorenzo del Maëstro, Courtenbach, Gallas, Anholt seinem Rufe gefolgt, und der Übertritt Pappenheims war nach Maximilians Ansicht nur eine Frage der Zeit.[2]) Auch von Tilly trafen bittere Klagen ein, nach denen sich der Zustand der in Niederdeutschland stehenden Truppen des Bundesheeres immer mehr verschlechterte. Die durch die lange Dauer des Krieges und neuerdings durch die Einquartierungen der nach den Niederlanden ziehenden kaiserlichen Truppen hart mitgenommenen Oldenburger, Braunschweiger und Bremer Lande boten den ligistischen Truppen nicht mehr den genügenden Lebensunterhalt.[3]) Um diesen zu beschaffen, mußte die Bundeskasse in Anspruch genommen werden.

[1]) Der darauf bez. Briefwechsel in StA. 34/3 u. RA. tom. 154.
[2]) Gutachten Jochers undat., StA. 279/36, 32.
[3]) Bayern a. d. Kaiser (Cpt.), Sept. 21., StA. 4/4, 159.

Aber hier fehlte es infolge der Säumnis, mit der die Ligagenossen bisher ihren Heidelberger Verpflichtungen nachgekommen waren, völlig an Mitteln.[1]) Ende September erschien daher Ruepp in München, um im Auftrage Tillys dem Kurfürsten die Not der Soldateska zu schildern und ihn um schleunige Abhilfe zu bitten. Als Maximilian kurz zuvor an Anselm Casimir geschrieben und ihn ersucht hatte, mitsamt den rheinischen Ständen die rückständigen Beiträge zur Bundeskasse einzuzahlen, war die Antwort eingelaufen, bevor nicht die Durchzüge der kaiserlichen Truppen aufhörten, sei es ihm eine pure Unmöglichkeit, seine Pflichten zu erfüllen. Da also von dem Mainzer Kurfürsten, ebensoweuig wie von den anderen rheinischen Ständen etwas zu erwarten war, so mußte jetzt Maximilian auf Ruepps Anbringen hin sich bereit erklären, mit den Ständen seines Direktoriums für den Unterhalt der Truppen während der nächsten Monate aufzukommen.[2])

Aber nicht nur diese Verhältnisse waren es, die Maximilian zähe an dem Projekt der Partikularkonferenz festhalten ließen. Wohl infolge des kaiserlichen Ansuchens um Ausschreibung des Kurfürstentages scheint in ihm ein Plan gereift zu sein, der ihm vielleicht schon bei der Sendung Kurzens vorschwebte und auf dessen Ausführung in den folgenden Monaten sein ganzes Trachten — wenigstens unserm Vermuten nach — gerichtet ist, der Plan nämlich, die Partikularkonferenz der katholischen Kurfürsten an Stelle der vom Kaiser begehrten Zusammenkunft zu setzen und dabei eine Ordnung der Reichsverhältnisse im ständischen Sinne vorzunehmen.[3]) Während des ganzen Oktobers bemühte sich Maximilian, den Kurfürsten von Mainz seinem Projekt geneigt zu machen, nur änderte er es, wohl wegen der Verschlimmerung der ligistischen Verhältnisse dahin ab, daß auch noch andere bedeutende Bundesstände zugezogen werden sollten. Er dachte dabei vor allem an

---

[1]) Bayern an Mainz (Cpt.), Okt. 2., StA. 34/3, 64.

[2]) Resolution d. Kurfürsten a. Ruepp (Cop.), Sept. 30., RA. tom. 155, 202.

[3]) Vgl. unten die Gesandtschaft des Frhrn. von Kurz an Mainz im Januar 1630. Die in dessen Instruktion so deutlich zum Ausdruck kommende Absicht, die Partikularkonf. die Stelle des Kfntgs. einnehmen zu lassen, dürfen wir wohl schon für diese Zeit bei dem Kfn. voraussetzen.

den Bischof von Würzburg, der leicht die Malstatt, zu der dem Kurfürsten Forchheim am geeignetsten schien, erreichen könne.[1])

Aber Anselm Casimir beharrte bei seiner Weigerung. So stark seine Abneigung gegen das kaiserliche Haus und vornehmlich auch gegen Wallenstein war, er scheute doch Maßnahmen, die Gefahren und finanzielle Opfer mit sich brachten. Vornehmlich fürchtete er die letzteren; er ließ daher auch bald den zuerst so freudig aufgegriffnen Vorwand für seine Weigerung, das Ersuchen des Kaisers um Ausschreibung des Konventes, fallen und gab rückhaltlos den wahren Grund zu: bei jener Versammlung würde doch nur die Hauptfrage sein, wie die Kontributionen der Bundesstände zur Kassa gebracht werden könnten und wie „mehrer geld zu erlangen" sei. Das Aufbringen neuer Summen sei ihm aber bei den fortwährenden Durchzügen kaiserlicher Truppen unmöglich gemacht.[2]) Auf Maximilians bewegliche Schilderungen von dem Zustand der ligistischen Armee antwortete er mit allgemeinen Redensarten oder mit unausführbaren Vorschlägen. Zur Ordnung der finanziellen Verhältnisse des Bundes werde, meinte er, ein Gesandtentag genügen. Einstweilen sollten die Kurfürsten in einem Gesamtschreiben an den Kaiser diesem nochmals ihre und des Reiches bedenkliche Lage schildern. Auch wies er auf das Anerbieten eines Gesandten der Infantin, Bruneau, hin, der jüngst bei ihm gewesen sei und ihm versprochen habe, die Bitten der Liga am kaiserlichen Hofe zu vertreten.[3]) Wenn Maximilian ihm darauf vorhielt, daß auf dem

---

[1]) Bayern an Mainz (Cop.), Okt. 16., StA. 427/1, 190; der mittlere Teil dieses wichtigen Aktenstückes (Cpt.), StA. 34/3, 111.

[2]) Mainz an Bayern (Orig.), Okt. 20., StA. 34/3, 130.

[3]) Mainz an Bayern (Orig.), Okt. 8., StA. 34/3, 79. Die Gesandtschaft des Präsidenten von Lille, Bruneau, kommt hier für uns in Betracht, weil ein Bericht, den er Ende September an den König von Spanien sandte, auch auf die Haltung der Ligisten gegenüber dem Kaiser und dem von diesem geforderten Kurfürstentag Bezug nimmt. Gindely, der das Aktenstück im Archive zu Simancas fand und „Waldstein" II S. 220 ff. abdruckt, stellt dasselbe hin als eine Mitteilung über Unterredungen, die Bruneau in München mit dem Kurfürsten von Bayern und dessen Räten hatte. Er fügt dem Abdruck des spanischen Originals eine abgekürzte Übertragung ins Deutsche bei, in der es u. a. heißt . . . „Auf dies erklärten mir [die bayr. Räte] sammt und sonders, daß die einzigen Heilmittel (für die Schäden im Reiche) darin zu suchen seien,

1. daß der Kaiser sich des Rates der Kurfürsten bediene, wie er dazu auch verpflichtet sei,

Tage Dinge zur Sprache kommen müßten, worüber Gesandte nicht verhandeln könnten, zumal man der Geheimhaltung der Beratungen, wie sich aus der Veröffentlichung des Heidelberger Abschieds ergebe, ganz und gar nicht versichert sei, so half das ebensowenig wie der Hinweis auf den Heidelberger Antrag des Deutschmeisters über die Vereinigung der ligistischen mit der kaiserlichen Armee, der leicht noch mehr Anhänger finden und so zu den gefährlichsten Beschlüssen führen könne.[1]) Nur auf das erste erwiederte Anselm Casimir, daß ja beim Gesandtentag eine besondere Konferenz kurfürstlicher Räte

---

2. daß ein Kurfürstentag berufen werde" 2c.

Nun wäre es ja nicht unmöglich, daß die bayr. Räte dem Gesandten gegenüber die Unwahrheit gesprochen hätten, doch ist es nötig festzustellen, daß die einleitenden Angaben und die Übersetzung Gindelys einige Irrtümer zeigt, deren Richtigstellung für unsere Auffassung der Politik Max.s nicht unwesentlich ist.

Aus der Lektüre des Orig.s ergiebt sich mit unumstößlicher Gewißheit, daß es sich hier nicht um Unterredungen mit einem kath. Kurfürsten, sondern mit mehreren derselben handelt. Am deutlichsten zeigt sich das an der Stelle: „Estos puntos o remedios he recoxido de las platicas, que hetenido con estos principes eletores y con sus consejeros secretos etc." Es steht im Widerspruch zu den erwähnten Angaben G.s, daß er diese Stelle S. 225 ganz richtig ins Deutsche übersetzt.

Nicht ganz so richtig ist die zit. Übersetzung der „bayrischen" Erklärung über den Kfntag.

Die betr. Stelle lautet „me han respondido casi todos conformemente que no hallan otros sino que . . . . . conviendra S. M. Ces. hiciesse una dieta eletoral . . das heißt nun nichts anders als „sie antworteten fast alle, daß J. Mt. . . . ."

Die von Gindely durch die Einklammerung gekennzeichnete Ergänzung ist völlig willkürlich, weder im Vorhergehenden, noch im Folgenden ist von bayr. Räten die Rede. Als Subjekt ist einfach ellos zu ergänzen, welches dann weiter unter durch estos principes eletores näher bestimmt wird. Also nicht die bayr. Räte „sammt und sonders", sondern die Kfn. und ihre Räte, mit denen Br. diese Unterredung hatte, gaben „fast alle" die betr. Erklärung ab. — Ferner ergiebt sich aus dem Briefwechsel Max.s mit Ans. Cas., daß Br. bereits Ende Juni, nicht aber wie G. annimmt, im Sept. in München war. Zum Überfluß ist der vorliegende Bericht „de Maguncia" datiert (Bayern a. Mainz [Cpt.] Juni 26., StA. 34/2, 318 u. M. a. B. [Orig.] Juli 2., StA. 34/2, 320). Wenn er nun sich überhaupt noch auf die Ges.sch. nach München und nicht vielmehr nur auf eine im Sept. an die Höfe der rhein. Kfn. unternommene Reise bezieht, so ist es doch nur zu natürlich, daß die Erinnerung an die vor beinahe 3 Monaten stattgef. Unterredung mit dem vorsichtigen und wortkargen Max. vor den Eröffnungen, die ihm von den geistl. Kfn. und deren Räten gemacht wurden, zurücktraten.

Vielleicht war es in Mainz, wo der Gesandte die von ihm durch das „fast alle" angedeuteten weniger zustimmenden Erklärungen betr. des Kfntgs. erhielt.

[1]) Bayern an Mainz, Okt. 16.

zusammentreten könne, um über die geheimen Dinge zu verhandeln. Das ironische „quasi vero," das Maximilian an den Rand des Mainzer Schreibens setzte, zeigt, was er von einem solchen Vorschlag hielt.[1])

Der Mainzer änderte seine Meinung aber auch dann nicht, als der bayerische Kurfürst ihm von dem Gesuch des Kaisers wegen Abführung der ligistischen Truppen aus den oberdeutschen Gebieten Mitteilung machte.[2]) Zwar setzte es ihn in nicht geringe Bestürzung, daß Ferdinand, wie er sich ausdrückte, der Bundesarmee auf solche Weise den Namen und Titel einer kaiserlichen entziehen wolle, aber er war doch der Ansicht, daß auch hier ein Schreiben der beiden Bundesdirektoren genügen werde, um vorläufige Abhilfe zu schaffen. Auch schlug er vor, an den Kurfürsten von Sachsen die Frage zu richten, ob dieser es für ratsam erachte, die Bundesarmee abzudanken. Offenbar hoffte er, daß die sächsische Antwort möglicherweise die an den kaiserlichen Hof gerichteten Beschwerden der Liga unterstützen werde; hatten doch vordem die sächsischen Räte einmal dem Kurfürsten Johann Schweikhard erklärt, „sie befänden eine notturft zu sein, daß die bundsarmee noch lenger auf den bainen erhalten, nicht geschmelert, vil weniger abgedankt würde."[3])

Schon früher hatte der Mainzer auf die Wichtigkeit einer Zustimmung der Kurfürsten von Cöln und Trier zu dem bayerischen Projekte hingewiesen, zumal diese bereits den Besuch des vom Kaiser gewünschten Kurfürstentages zugesagt hätten. Ferdinand von Cöln, der einerseits in der Zusammenkunft der Kurfürsten mit dem Kaiser das einzige Heilmittel aller Schäden erblickte, andererseits aber im Gegensatz zu seinem Bruder keineswegs gewillt war, der ligistischen Sache noch Opfer zu bringen, sprach sich auf Anfragen Maximilians und Anselm Casimirs entschieden ablehnend gegen den bayerischen Vorschlag aus.[4]) In ähnlichem Sinne äußerte sich Philipp Christoph

---

[1]) Mainz an Bayern, Okt. 20.

[2]) Bayern an Mainz (Cpt.), Okt. 16., StA. 34/3, 118. Gindely druckt dieses Schreiben, II. S. 142, aber es begegnet ihm hier, daß er den Brief unter dem Datum 16. Okt. 1628 bei der Schilderung der Ereignisse dieses Jahres einfügt, ein Irrtum, der um so befremdender ist, als darin Ereignisse des Jahres 1629 — die lig. Gesandtsch. in Wien — ausdrücklich erwähnt werden.

[3]) Mainz an Bayern, Okt. 22.

[4]) Cöln an Mainz (Cop.), Okt. 7., StA. 34/3, 95.

von Trier.[1]) Wie Mainz wünschten beide, daß ein bald zusammentretender Gesandtentag über die Bundesverhältnisse beraten solle. Aufs tiefste verstimmt, ließ Maximilian von weiteren Bemühungen, die geistlichen Kurfürsten zu einer Sinnesänderung zu bewegen, ab. Doch hatte er damit, wie wir später sehen werden, die Hoffnung auf die Ausführung seines Planes keineswegs aufgegeben.

Fürs erste aber mußte er wohl oder übel seine Zustimmung zu dem Gesandtenkonvent geben. Aber dieser und die von Anselm Casimir vorgeschlagenen Schreiben an den Kaiser und den Kurfürsten von Sachsen erschienen ihm freilich nur als ein dürftiger Ersatz für sein Projekt. Gleichwohl erklärte er sich auch zur Mitunterfertigung der drei Schriftstücke bereit.[2]) In dem ersten — es ist vom 15. Oktober datiert — legten die vier katholischen Kurfürsten dem Kaiser unter Hinweis auf die sich immer drohender gestaltenden auswärtigen Verhältnisse und den schlechten Zustand der kaiserlichen Armee[3]) die Notwendigkeit dar, den fremden Mächten keinen Anlaß zur Einmischung in die Reichsangelegenheiten zu geben. Vor allem aber müsse der Kaiser, wenn es doch nötig sei, in Kriegsbereitschaft zu verbleiben, diese gemäß den Reichskonstitutionen regeln und „alle schädliche absönderungen und aemulationes" zwischen seiner und der ligistischen Armee aufheben, damit sich die beiden aufeinander verlassen und gemeinsam nach dem Frieden streben könnten. Geschehe dies nicht, so sei eine „totaldissolution" im Reiche zu befürchten.[4])

Dieses Schreiben hatte nicht den gewünschten Erfolg, denn in seiner Antwort vom 14. November erklärte Ferdinand, nachdem er den Vorwurf, der in dem Hinweis auf die auswärtigen Verhältnisse für seine Politik liegen sollte, ausführlich zurückgewiesen hatte, er sei stets den Exzessen der Soldateska mit scharfen Mandaten entgegengetreten, auch habe er niemals „einiger aemulation zwischen den armaden und deren Haubtmann stattgegeben"; viele Geschäfte z. B. der Abschluß des Lübecker Friedens seien Tilly und Wallen-

[1]) Trier an Mainz (Cop.), Okt. 15., StA. 4/8.

[2]) Mainz an Bayern (Orig.), Nov. 12., StA. 34/3, 211.

[3]) „Die kaiserliche Armee," heißt es, „ist zwar stark an regimentern, aber sehr schwach an volk und vast kein einziges regiment complet ist."

[4]) Die vier kath. Kfn. a. d. Kaiser (Cop.), StA. 4/4, 185. Ausz. bei Hurter, S. 318.

stein gemeinsam anvertraut gewesen. Ihm werde es auch zu großem Mißfallen gereichen, wenn gegen das Ansehen der Reichsfürsten etwas vorgenommen würde, sei doch gerade er immer darauf bedacht gewesen, ihren Rang und ihre Würde zu mehren. Das Schreiben begann und schloß mit dem Hinweis auf das einzige Mittel, allen Übelständen inner- und außerhalb des Reiches abzuhelfen, auf den vom Kaiser und den Kurfürsten gemeinsam besuchten Konvent.[1])

Das von Anselm Casimir vorgeschlagene Schreiben der beiden Bundesdirektoren sollte, wie schon erwähnt, den Kaiser von seiner Forderung, die ligistischen Truppen aus den oberdeutschen Gebieten wegzuführen, abbringen. Den vorsichtigen Angaben Maximilians gemäß wurde es in der Mainzer Kanzlei entworfen.[2]) „In terminis generalibus" baten die Kurfürsten den Kaiser, dem Heer, das ihm seit elf Jahren so viele Dienste geleistet habe, auch ferner die Gleichberechtigung mit der kaiserlichen Armada und die Mittel zum weiteren Unterhalt zu gewähren. Am Schlusse wurde der Ton des Schreibens ein schärferer: wenn der Kaiser die Bitten der Ligisten nicht erfülle, so werde die Bundesarmee zu seinem und des Reiches Dienst „nicht allain lenger nit können unterhalten, sonder auch dero assistierende gehorsame curfürsten und stende nottrunglich verursacht werden, andere mitel und weg an die hand zu nemmen, dardurch sie ihnen und ihren landen und leuten eine mehrere sicherheit zu erlangen

---

[1]) Der Kaiser an die vier kath. Kfn. (Cop. v. Mainz am 29. Nov. an Bayern geschickt), StA. 34/3, 266.

[2]) Anselm Cas. hatte in s. Schreiben vom 22. Okt. Maximilian vorgeschlagen, den Kaiser, wenn er künftig der Ligaarmee keinen Unterhalt mehr gewähren wolle, zu ersuchen, „ein ergibiges zu der abdankung allergn. her[zu]geben und dabeneben bemelte stende nicht [zu] verdenken, daß sie zu abwendung solcher hostiliteten mit allen denjenigen stenden, potentaten und communen, so in und außerhalb des Reichs gesessen und sie umb vorangedeuter J. k. Mt. geleisten dienst willen notwendig offendiren müssen, sich also vergleichen, uf daß sie sambt ihren landen und leiten ihrentwegen künftig in ruhe und sicherheit pleiben können." Max. war entschieden gegen eine solche Fassung. Er fürchtete, daß der Kaiser sofort „acceptieren und begehren ihr [J. k. Mt.] die bundestruppen zu überlassen, was doch bisher nie für ratsam gehalten hat, sonder auch aus dem angedeiten vergleich zu allerhand nachdenken und suspicionen und etwan auch noch zu dem anlaß nemen, daß sie sich mit solchen potentaten ausgeschlossen der bundstend auch in handlung einlassen möchten." B. a. M. (Cpt.), Okt. 30., StA. 34/3, 172. Ans. Cas. gab dann seine Zustimmung. M. a. B. (Orig.), Nov. 12., StA. 34/3. 209.

verhofften." [1]) Die kaiserliche Antwort auf dieses Schreiben werden wir in anderem Zusammenhange zu erwähnen haben; sie war ebenso abweisend wie die frühere vom 14. November.[2])

Wir haben nun noch des dritten von Anselm Casimir vorgeschlagenen Schreibens, desjenigen an Johann Georg von Sachsen, zu gedenken, das Maximilian trotz einiger Bedenken unterzeichnete. Er bekundete damit eine Verkennung der im protestantischen Lager herrschenden Stimmung, die an dem klugen und vorsichtigen Manne sehr befremdend erscheint.[3]) Die beiden Bundesdirektoren erörterten darin den gemeinnützigen Zweck ihrer Kriegsverfassung und wiesen darauf hin, wie notwendig es sei, die Bundesarmee bei den das Reich bedrohenden Gefahren noch länger zu erhalten, zumal auch wohl ohne Vorwissen des Kaisers „allerhand gefährliche consilia mit unterlaufen und das privatum commodum bei etlichen zuviel vortringen möchte". Da es aber nicht möglich sei, die Bundestruppen ohne Quartiere zu unterhalten, und man den Ligagenossen nicht zumuten könne, dieselben in ihre durch die hohen Kriegskontributionen schwer belasteten Lande aufzunehmen, so baten die Kurfürsten Johann Georg, die Notwendigkeit einer Einquartierung der Truppen in anderen Gebieten in Erwägung zu ziehen. Dann sollte er ihnen sein Gutachten eröffnen, ob er es für ratsam halte, mit der Bundesarmee eine Abdankung vorzunehmen und sie — was ohne Zweifel später eintreten würde — dem Herzog von Friedland zu überlassen.[4]) Der Versuch der beiden katholischen Kurfürsten, an Kursachsen eine Stütze für ihre an den kaiserlichen Hof gerichteten Beschwerden zu gewinnen — an eine engere Verbindung haben sie seit den oben erwähnten Binger Verhandlungen wohl ncht mehr gedacht — schlug völlig fehl. In der Antwort des Kurfürsten findet sich von einem

[1]) Mainz u. Bayern an den Kaiser (Cop.), StA. 4/4, 196. Hurter giebt (Wall. S. 320) ein Excerpt dieses Schreibens, aber in unrichtigem Zusammenhang. Auch die von ihm daran geknüpften Bemerkungen sind falsch, wie sich aus vorstehender Anm. ergiebt. Das von ihm zit. Schr. vom 18. Nov. ist mir nirgends zu Gesicht gekommen.

[2]) Vgl. u. Resol. an Dr. Mändl. Nov. 21. StA. 7/14, 30.

[3]) Er tat es hauptsächlich, weil der Graf Trautmansdorf, der unlängst am sächs. Hofe gewesen war, wahrgenommen hatte, „daß S. L. auf die bundsarmada ein sonders absehen und guete hoffnung haben". Bayern an Mainz (Cpt.), Okt. 30., StA. 34/3, 172.

[4]) Mainz und Bayern an Kursachsen (Cop.), Nov. 12., StA. 34 3, 348.

Eingehen auf die ligistischen Wünsche keine Spur. Nach einer ausführlichen Schilderung der bisher erduldeten Kriegspressuren legte er dar, daß eine Fortdauer dieser Leiden zweifellos die völlige Vernichtung seiner Lande, die durch den heurigen Mißwachs noch besonders geschädigt seien, im Gefolge haben müsse. Die Zustände im Reich, durch den Erlaß des Restitutionsediktes erheblich verschlimmert, die von außen drohenden Gefahren forderten schleunige Abhilfe, und diese sei nur möglich, wenn die ungeheuere Zahl des alle Lande überschwemmenden Kriegsvolkes unverzüglich abgedankt werde.[1]) —

Der Generalkriegskommissar von Ruepp, der, wie wir hörten, Ende September in München weilte, hatte durch eine uns nicht erhaltene „sondere information" Tilly von der geplanten Partikularkonferenz Mitteilung zu machen und ihm den Befehl zu überbringen gehabt, sein Hauptquartier etwas weiter nach Süden zu verlegen, um nötigenfalls der Zusammenkunft selbst beiwohnen zu können.[2])

Das Projekt Maximilians war nun bereits am Widerspruch der geistlichen Kurfürsten gescheitert, als gegen Ende Oktober am bayerischen und am Mainzer Hofe Schreiben des Feldherrn einliefen,[3]) worin dieser sich mit größtem Eifer für das Zustandekommen der Konferenz bemühte. In Übereinstimmung mit seinem Herrn sah er darin das einzige Mittel, um dem übeln Zustand des ligistischen Heeres abzuhelfen und eine Vereinbarung über den weiteren Unterhalt der Armee und die Verteilung der Quartiere zu treffen. Er stellte sein Erscheinen in Aussicht, um selbst den geistlichen Kurfürsten seine Notlage zu schildern und sie zur baldigen Abhilfe zu bestimmen. Dringend bat er auch Maximilian, die Absicht, dem Konvente fern zu bleiben, aufzugeben und persönlich zu erscheinen.[4]) Als er dann von Anselm Casimirs Weigerung hörte, suchte er selbst, diesen auf alle Weise zu einer Sinnesänderung zu bewegen, und an seinen

---

[1]) Sachsen an Mainz u. Bayern (Cop.), Dez. 19., WStA. Reichstagsakten 99a, 17.

[2]) Resolution an Ruepp., s. o. S. 55, Anm. 2.

[3]) Die Schreiben Tillys an den Kfn. waren selten weniger als 14 Tage unterwegs.

[4]) Tilly an Max. (Orig.), Okt. 17., RA. tom. 155, 512; (Orig.), Nov. 4., RA. tom. 155, 593; (Orig.), Nov. 7., RA. tom. 155, 604.

Herrn wandte er sich mit der Bitte, kein Mittel unversucht zu lassen, um den Mainzer Kurfürsten umzustimmen.[1]) Es erscheint nun auffällig, daß Tilly in seinem ersten Briefe, indem er sich auf Ruepps Mitteilungen bezieht, der Partikularkonferenz nur als einer Gelegenheit gedenkt, die Verhältnisse der Liga zu ordnen und über die fernere Verwendung der Armee zu beraten. Daneben hofft er wohl, daß auf ihr Vorbereitungen zu einer ferneren Reichsversammlung oder zur Herstellung des allgemeinen Friedens getroffen werden könnten. Nirgends aber wird der Absicht Maximilians, bei dieser Zusammenkunft auch über das gemeinsame Vorgehen der Bundesstände gegen Wallenstein und die kaiserliche Politik zu beraten, Erwähnung getan. Wir dürfen wohl schon aus diesem Umstand den Schluß ziehen, daß der General von den geheimen Plänen seines Herrn nichts wußte, und daß der Kurfürst — ein sehr charakteristischer Zug für sein Verhältnis zu Tilly — es nicht für ratsam gehalten hatte, seinem Feldherrn hierüber irgendwelche Mitteilung zukommen zu lassen. Wir werden in dieser Vermutung bestärkt, wenn wir hören, daß Tilly alsbald mit dem Konferenzprojekt seinerseits einen Plan verband, der den Absichten und Anschauungen Maximilians völlig widersprach.

Ende Oktober ließ er durch Ruepp dem Kurfürsten mitteilen, daß der Herzog von Friedland und Mecklenburg ihn durch die Reformationskommissare von Hye und von Walmerode zu einer persönlichen Zusammenkunft geladen und ihn zugleich seiner wohlwollenden Gesinnung gegen die katholische Liga versichert habe.[2]) Am 4. November sprach er dann selbst in einem der oben erwähnten Schreiben die Zuversicht aus, daß bei der von Maximilian vorgeschlagenen Versammlung der vornehmsten Bundesstände sich auch Gelegenheit bieten werde, das von einem und andern der katholischen Stände gegen den Herzog von Friedland — den er der Liga nur wohlgesinnt befinden könne — gefaßte Mißtrauen aufzuheben. Auch erklärte er die Anschauung der Bundesstände, daß der Kaiser

[1]) Hurter, Wall. S. 319.

[2]) Ruepps Schreiben kennen wir nicht; sein Inhalt ergiebt sich aus der Antwort Max.s an Tilly (Cpt.), Nov. 16., RA. tom. 155, 531. Über die Versöhnungsversuche Tillys einige Angaben bei Hurter Wall., S. 319 f., Klopp, S. 31, Gindely II, S. 202.

und Wallenstein die Kunde von der Konferenz übel aufnehmen würden, für ganz falsch,[1]) und als Beweis für die Richtigkeit dieser Annahme fügte er, wenige Tage später, die Mitteilung hinzu, daß etliche kaiserliche Offiziere, mit denen er privatim gesprochen habe, die Partikularkonferenz für sehr nützlich erachtet hätten.[2])

Mit wirklicher Betrübnis hörte er dann von der Vereitelung des bayerischen Projektes. Von dem Gesandtentag versprach er sich wenig oder nichts,[3]) aber seine Absicht, ein besseres Verhältnis zwischen seinem Herrn und Wallenstein herzustellen, gab er deshalb noch nicht auf, vielmehr trat er jetzt damit deutlicher hervor. Am 21. November legte er Maximilian ausführlich die das Reich von außen bedrohenden Gefahren dar, vor allem wies er auf die Umtriebe Gustav Adolfs hin, der jetzt, nachdem er mit Polen Waffenstillstand geschlossen und große Truppenwerbungen in den Niederlanden veranstaltet habe, sich zweifellos in die Angelegenheiten des Reiches mischen werde. Setze aber der Schwede seinen Fuß auf deutschen Boden, so werde es dringend notwendig sein, mit der Bundesarmee den Herzog von Friedland zu unterstützen, denn, wenn der König sich der kaiserlichen Quartiere und Mecklenburgs bemächtige, würden ihm auch leicht die übrigen norddeutschen Gebiete zufallen. Vor allem wies er darauf hin, daß der neue Herzog von Mecklenburg der einzige weltliche katholische Reichsstand im niedersächsischen Kreise sei, und daß bei einem Siege Schwedens und seiner lutherischen Bundesgenossen diese Stimme der katholischen Partei im Reiche wieder verloren gehen würde.[4])

---

[1]) Tilly an Max., Nov. 4., s. o. S. 62, Anm. 4.

[2]) Tilly an Max., Nov. 7., s. o. S. 62, Anm. 4.

[3]) Tilly an Max. (Orig.), Nov. 14., RA. tom. 155, 632; (Orig.), Nov. 21.

[4]) „Weilen dann dergleichen succurs wie angeregt gar nicht zur Defension der Fridlendischen person, sondern der provinzien und länder und heil. reich zum besten, wie auch Schweden, Dennemark und Curbrandenburg sambt den Anseestädten jenseits der Elb belegen von solichen landen zu separirn und abzuhalten und dan weilen sonsten diser nidersaxische craiß mit kainem fürstlichen cath. weltlichem stand versehen, der orts ein votum zu erlangen und einzurichten gemaint und angesehen und wievil böses hiebevor aus Meckelnburg entstanden, also vil guets were hingegen dises orts widerumb zu verhoffen, so were es derwegen wol ein notturft und schuldigkeit, ihne herrn herzogen zum Fridland zu manutenieren. (chiffriert.) Tilly an Max., Nov. 21.

Höchst wahrscheinlich geschahen nun diese Versöhnungsversuche Tillys mit Wissen und Willen des kaiserlichen Generals, der, wie bekannt, sich in den letzten Monaten des Jahres 1629 in auffälligster Weise der Liga zu nähern suchte. Ihn bestimmte offenbar hierzu in erster Linie die Rücksicht auf sein neues Herzogtum, auf dessen Erhaltung, wie schon oben bemerkt, in dieser Zeit alle seine Bemühungen gerichtet sind. Die Gefahr, daß Gustav Adolf seine bisherigen Vermittlungsversuche zu Gunsten seiner Verwandten, der vertriebenen Herzoge von Mecklenburg, alsbald in die Tat umsetzen werde, erfüllte auch ihn mit größter Besorgnis. Sein Heer, durch die beständigen Truppensendungen nach Italien, nach den Niederlanden und nach dem deutschen Südwesten in der Zahl bedeutend verringert, befand sich in einem sehr übeln Zustand und war völlig ungeeignet, für sich allein einem Angriffe Schwedens zu widerstehen.[1])

Dazu erkannte er wohl auch, daß sich seine Beziehungen zu der herrschenden Partei am Wiener Hofe mehr und mehr lockerten; hatte doch eine Intrigue des kaiserlichen Beichtvaters P. Lamormaini ihm dort sogar schon seinen besten Freund, den Fürsten von Eggenberg, entfremdet.[2])

In solcher Lage tat er Schritte, sich in den Ligisten neue Freunde zu erwerben. Als er erfuhr, daß einer seiner Offiziere, der Kriegskommissar Metzger, geistliche Fürsten, darunter den Kurfürsten von Mainz und den Bischof von Würzburg, aufs schwerste beleidigt habe, indem er ihnen, wohl in der Weinlaune des Banketts, ins Gesicht sagte, es werde nicht eher besser im Reich, als bis man einmal einem Kurfürsten den Kopf zwischen die Füße legte, den geistlichen Fürsten aber ihren Besitz nehme und sie den Bischöfen in Italien gleichstellte, befahl er den Übeltäter sofort zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen.[3]) Die Offiziere seines Hauptquartiers

---

[1]) Über den Zustand von Wall.s Heer s. o. S. 59, Anm. 3. Vgl. hierzu vor allem Wittich, Magdeburg, Gustav Adolf u. Tilly, S. 223 ff., 229 ff.

[2]) Chlumecky, Nr. 267, 271. Vgl. Heyne, S. 102. Gindely II, S. 210 ff.

[3]) Chlumecky, Nr. 273. Wie wenig es Wall. gelang, die Roheiten Metzgers wieder gut zu machen, zeigt eine Äußerung des Verfassers des „Teutschen Asinus" (s. o. S. 29 Anm. 1): „Wisset ihr nicht, daß commissarius Metzger von disem ratschlag [der spanischen Universalmonarchie] zu laut über des bischofs zu Meyntz taffel geredet und gesaget, man nicht nur den

hatten, wie wir hörten, in Übereinstimmung mit den Ansichten ihres Generals oder gar von ihm beauftragt Tilly gegenüber ihre volle Zufriedenheit mit den neuesten Maßnahmen des Bundesobersten ausgesprochen. Und Wallenstein selbst wies in einer Unterredung mit dem holländischen Agenten Foppius van Aitzema, die er in diesen Tagen hatte, und von der er erwarten konnte, daß sie Maximilian nicht unbekannt bleiben würde, auf die Gemeinsamkeit der Interessen hin, die ihn, nachdem er Herzog von Mecklenburg geworden sei, mit den Reichsfürsten verbinde: er fühle sich jetzt wie diese verpflichtet zu verhindern, daß das Haus Österreich zum absoluten Dominat gelange, er sei eifersüchtig auf die deutsche Libertät wie irgend jemand.[1])

Bei diesen Annäherungsversuchen schienen ihm nun Tilly und vor allem Pappenheim, der jugendliche Feldzeugmeister der ligistischen Armee, ganz die geeigneten Vermittler zu sein. Es ist bekannt, daß Wallenstein schon einmal in früherer Zeit den Versuch gemacht hatte, diese beiden, damals wohl in anderer Absicht als jetzt, für sich zu gewinnen. Aus den Landen des besiegten Herzogs Friedrich Ulrich von Braunschweig hatte er für Tilly ein Fürstentum Calenberg, für Pappenheim ein Fürstentum Wolfenbüttel errichten wollen. Besonders der letztere war bereitwillig auf das Anerbieten eingegangen, aber der Plan war an dem energischen Widerspruch des Kurfürsten von Bayern, dessen Reichsfürstenstolz eine Gleichstellung mit seinen Offizieren nimmermehr geduldet haben würde, gescheitert.[2]) Pappenheim über diese Angelegenheit verstimmt, war seither mehr und mehr in nahe persönliche Beziehungen zu Wallenstein getreten, für dessen glänzendes und nicht gewöhnliches Wesen sein hochstrebender und ehrgeiziger Sinn weit mehr Sympathien haben mußte, als für den nüchternen und ernsten Tilly.[3])

---

weltlichen, sondern auch den geistlichen ihre reichttumb beschneiden und den soldaten geben müsse, alle Deutschen in zaum zu halten, deswegen Wallstein allein ihn, weil er dis secretissimum inter pocula zu verstehen geben, urteilen lassen?"

[1]) L. van Aitzema, Saken van staet en oorlogh I S. 953. Vgl. Wittich, Wall. u. d. Span. S. 424.

[2]) Vgl. Klopp, Tilly I, S. 505 ff. ADB. Tilly; Pappenheim (Wittich).

[3]) Wittich, Magdeburg S. 243 ff.

Er hat dabei kaum, wie sein Kurfürst meinte, daran gedacht, die Ligaarmee zu verlassen,[1]) vielmehr wollte er wohl nur, eigennützig wie er war, das gute Verhältnis zu Wallenstein, das er nicht verheimlichte, benutzen, um bei Maximilian die Besorgnis vor seinem Übertritt in die kaiserliche Armee zu erwecken und so desto eher eine neue Rangerhöhung, die Übertragung der Feldmarschallsstelle, die seit dem Übertritt des Grafen Anholt in kaiserliche Dienste unbesetzt war, zu erlangen. Seiner bediente sich Wallenstein, um zunächst ein gutes Einvernehmen mit Tilly herzustellen;[2]) er war es auch gewesen, der dem Herzog von dem Vorkommnis mit Metzger und von der Aufregung Mitteilung machte, die es in den ligistischen Kreisen verursachte;[3]) er war ferner Teilnehmer an der Zusammenkunft mit Aitzema, über die er alsbald durch Tillys Vermittlung einen Bericht in Maximilians Hände gelangen ließ.[4])

Tilly hat diese Annäherung des ihm unterstellten Generals an Wallenstein nicht ungern gesehen: das dadurch schnell erweckte

[1]) Papp. erreichte freilich durch sein Benehmen gerade das Gegenteil von dem, was er bezweckte. Max., der Papp. für entbehrlicher hielt, als dieser sich selbst, war der Ansicht, daß für die Charge in erster Linie Graf Wolf von Mansfeld in Betracht käme. Dieser war nämlich geneigt — in dieser Zeit ein einzig dastehender Fall — aus kaiserlichen in ligistische Dienste zu treten. Nur der Umstand, daß er leidend war und, was für Max. sehr in Betracht kam, mit Wall. schlecht stand, ließ Max. die Sache immer von neuem verschieben. Unterdessen sollte Tilly versuchen, Papp. zu beschwichtigen. Gelänge das nicht, meinte Max., so wolle er jenen nicht verhindern, die Dienste der Liga zu verlassen. Später vertröstete dann der Kf. Papp. auf den lig. Bdstag. (Resol. an Ruepp, Sept. 30, s. o. Max. an Papp. [Cpt.], Nov. 30., RA. tom. 152, 128; Max. an Tilly [Cpt.], Dez. 7., RA. tom. 155, 623). Vielleicht haben wir in dieser Rivalität Mansfelds und Pappenheims einen Grund ihrer späteren bes. bei der Belagerung Magdeburgs hervortretenden Zwistigkeiten zu sehen.

[2]) Papp. an Wall., Okt. 19. Abgedr. bei Förster, Wall. als Feldherr, S. 434. Die Antwort Wall.s, Okt. 25. Abgedr. bei v. Aretin, Wallenst. Urkk., S. 37.

[3]) Chlumecky, Beil. zu 273.

[4]) Am 31. Okt. übersandte Tilly den betr. Bericht an Max. Dieser ist leider, wie es scheint, auf gewaltsame Weise aus dem Bande der 30jähr. Kriegsakten entfernt worden. Max. mißtrauisch gemacht durch Papp.s Verwendung bei dieser Conferenz mit Aitzema forderte von Tilly Auskunft, wie jener dazukomme, des Herzogs Sachen zu führen (Max. an Tilly [Cpt.], Nov. 16., RA. tom. 154, 531). Am 5. Dez. antwortete der Feldherr, er wisse nichts weiter darüber zu sagen, als daß Papp. bei dem Herzog „zimblich wert und angenemb" sein solle. RA. tom. 159, 5. Die aus Schreiber, Max. der Kath. von Wittich entnommenen Angaben sind völlig unrichtig. (Wittich, Wall. u. d. Span., S. 425.)

Mißtrauen des Kurfürsten suchte er zu beschwichtigen, und er selbst sagte freudig seine Hilfe bei dem Versöhnungswerke zu. Auf ihn wird — das entspricht nur dem allgemeinen menschlichen Empfinden — das Verhalten Wallensteins in der Calenberger Angelegenheit, sowie das Versprechen einer Gnadengabe von 400000 Reichstalern, das er in dieser Zeit durch des Herzogs Vermittlung vom kaiserlichen Hofe empfing, nicht ohne Eindruck geblieben sein.[1]) Ferner erscheint es beachtenswert, daß er auch die abschlägigen Bescheide Wallensteins auf die im Namen Maximilians an ihn gerichteten Gesuche um Überlassung neuer Quartiere in West- und Norddeutschland nicht in der schroffen Weise beurteilte wie sein Kurfürst: die Schuld an dem übeln Zustand des ligistischen Heeres gab er vor allem den Bundesständen, die seines Erachtens durch größere Opferwilligkeit leicht hätten Abhilfe schaffen können.

Aber wenn auch nach alledem das Urteil Tillys über Wallensteins Handlungsweise wohl nicht von persönlicher Voreingenommenheit frei war, so dürfen wir doch seinen Versicherungen Glauben schenken, daß es ihm mit seinen dem Kurfürsten von Bayern gemachten Vorschlägen nicht um die Person des Feldherrn, sondern nur um des Reiches Wohlfahrt und Erhaltung zu tun gewesen sei.[2]) Von den Bundesständen, wie wir sahen, im Stich gelassen, den sicheren Untergang der Armee und damit ein ruhmloses Ende seiner eigenen militärischen Laufbahn vor Augen, umringt von Gefahren, die er, veranlaßt durch übertriebene und, wie wir in einem späteren Abschnitt sehen werden, vermutlich mit Absicht gefälschte Nachrichten, weit überschätzte,[3]) hatte der greise und damals schwer von körperlichen Leiden geplagte Mann die Überzeugung gewonnen, daß Rettung nur im Zusammenschluß aller derer, die das Interesse der katholischen Kirche vertraten, zu finden sei, und daß deshalb alle Bedenken, die einer solchen Einigung entgegenstünden, verstummen müßten. Vornehmlich fürchtete er, wie aus seinen Schreiben an

---

[1]) Tilly, vgl. ADB. (Wittich), vgl. auch über diese Gabe die Resol. an Ruepp, Sept. 30 s. o. u. Dr. Mändl an Max. (eigh. Orig.), Okt. 31., StA. 7/14, 5.

[2]) Tilly an Max. (Orig.), Nov. 21., RA. tom. 155, 648.

[3]) Wir meinen damit die bekannten und besonders von Droysen benutzten „Avisen" Menzels, des kais. Residenten in Hamburg.

Maximilian hervorgeht, den baldigen Angriff Schwedens, und um diesem zu begegnen, hatte er schon im September, ohne vorher die Erlaubnis des Kurfürsten eingeholt zu haben, dem Herzog von Friedland auf dessen Bitten eine größere Zahl ligistischer Truppen, 7 bis 8 Fähnlein, zur Belagerung Stralsunds überlassen.[1]) Über die politischen Anschauungen und Ziele seines Kurfürsten gar nicht unterrichtet, erachtete der ligistische General es für seine Pflicht, zuerst den Weg zu beschreiten, der seinem Erachten nach einzig zur Rettung führte. Durch Pappenheim hatte Tilly noch dem Bischof Franz Wilhelm von Osnabrück, einen nahen Verwandten der beiden wittelsbachischen Kurfürsten, die „notwendigkeit einer rechten zusamhaltung und vertreulichkeit" mit Wallenstein schildern lassen und zwar mit dem Erfolg, daß der Bischof „sich darzue sehr incliniert zeigte" und versprach, sich an der von dem Herzog vorgeschlagenen Zusammenkunft zu beteiligen.[2])

Sehen wir aber nun, welche Stellung die katholischen Kurfürsten, vornehmlich Maximilian und Anselm Casimir diesem selbständigen Handeln ihrer Offiziere und den Vorschlägen Tillys gegenüber einnahmen. Da ist zunächst daran festzuhalten, daß die Kurfürsten von Mainz und Bayern keinen Augenblick daran gedacht haben, auf die Versöhnungsversuche Tillys einzugehen oder den „guten intentionen" des Herzogs Glauben zu schenken. In seiner bitteren Art empfahl Maximilian dem General, Wallenstein bei der vorgeschlagenen Zusammenkunft zu befragen, „wie es sich zusammenreime, daß seinem anregen nach alle actiones zu nutz und dienst des heil. reichs und der cathol. liga gerichtet und doch bishero ermelter liga armada da und dort die notwendige quartir und underhaltungsmitl abgestrickt und benommen worden".[3]) Wenn der streng kirchlich gesinnte Tilly den Kurfürsten auf das Interesse der katholischen Reichsstände an der Unterstützung Wallensteins hingewiesen hatte, so war das geschehen, weil der General offenbar nicht wußte, daß sein Herr in der Übertragung Mecklenburgs an den

---

[1]) Resolution an Ruepp, Sept. 30. Bayern an Mainz (Cpt.), Sept. 18., StA. 34/3, 4; Bayern a. d. Kaiser (Cpt.), Sept. 21., StA. 4/4, 159.
[2]) Chlumecky, Beil. zu Nr. 273.
[3]) Max. an Tilly (Cpt.), Nov. 16., RA. tom. 155, 531.

kaiserlichen Feldherrn nur den Ausdruck absolutistischer auf die Vernichtung des bestehenden Reichsfürstenstandes gerichteter Bestrebungen erblickte. Und auch bei den geistlichen Kurfürsten hatte, wenn nicht der Glaube an jene politischen Ziele, so doch das reichsfürstliche Legitimitätsgefühl das kirchliche Interesse in der Mecklenburger Frage von jeher sehr zurückgedrängt, ganz abgesehen davon, daß das bisherige Verhalten Wallensteins in Glaubenssachen nicht dazu angetan war, in ihm einen besonders treuen Sohn seiner Kirche vermuten zu lassen. Im Juni 1629 hatte der Kaiser an den verstorbenen Kurfürsten von Mainz als den Reichserzkanzler das Ersuchen gerichtet, Namen und Titel des neuen Herzogs in die Reichsmatrikel eintragen zu lassen, ferner zum Zeichen der Anerkennung diesem die Quote zur Erhaltung des Reichskammergerichtes abzufordern.[1]) Erst zwei Monate später hatte darauf Anselm Casimir, ohne dem Wunsche des Kaisers irgendwie Folge zu leisten, dessen Schreiben den übrigen Kurfürsten zur Begutachtung zugeschickt.[2]) Diese scheinen zunächst sich schweigsam verhalten zu haben; erst in ihrem Gesamtschreiben vom 15. Oktober ersuchten die vier katholischen Kurfürsten anläßlich eines neuen Beschwerdeschreibens der vertriebenen Herzoge den Kaiser, „daß die meckelburgische sach, so ohne große weiterung nit wol abgehen wird, auf miltere weg gerichtet" werde.[3]) Auch als bald nach der darauf erfolgenden abweisenden Antwort Ferdinands II. dieser an die Kurfürsten von Mainz und Bayern in ihrer Eigenschaft als Kreisoberste das Ersuchen richtete, ein ihnen übersandtes Patent zu veröffentlichen, worin die Verbrechen der Herzoge, sowie die Ursachen ihrer Vertreibung und der Übertragung ihrer Lande an den Herzog von Friedland erzählt wurden, unterließen es die Beiden, dem Verlangen des Kaisers nachzukommen.[4])

Wenn nun trotzdem Maximilian seinen Offizieren den Verkehr mit Wallenstein nicht rundweg untersagte, so geschah dies wohl

---

[1]) Der Kaiser an Mainz (Cop.), Juni 23, StA. 34/2.

[2]) Mainz an Bayern (Orig.), StA. 34/2, 367.

[3]) S. o. S. 59 Anm. 4.

[4]) Das betr. Gesuch kennen wir nicht; doch ergibt sich sein Inhalt aus dem Abschied der kfl. Gesandten in Mergentheim. Der betr. Passus ist abgedr. bei Gindely II S. 231.

nur, weil er fürchtete, den Haß des letzteren zu nähren und weil er zugleich — im Gegensatz zu Tilly — hoffte, daß vielleicht das gute Einvernehmen der beiden Generäle einige Vorteile für die ligistische Armee in Bezug auf Quartiere und Unterhalt, ferner ein Abkommen hinsichtlich der Verteidigung gegen gemeinsame Feinde zur Folge haben würde. Erwägungen der letzteren Art waren es auch, die seine Stellung zu der Frage beeinflußten, ob man nicht Wallenstein, ohne ihm irgend ein Zugeständnis in der Mecklenburger Angelegenheit zu machen, doch unterstützen solle, für den Fall, daß Gustav Adolf die Vertreibung seiner Verwandten als Anlaß benutzen würde, sich in die deutschen Angelegenheiten zu mischen. Wir werden später sehen, daß Maximilian zu derselben Zeit, da ihn diese Frage beschäftigte, mit Richelieu über einen Allianzvertrag unterhandelte, wonach sich der Kurfürst u. a. verpflichtete, nichts gegen eine Zurückerstattung Mecklenburgs an die früheren Herzoge und nichts gegen eine Intervention ihrer Beschützer — natürlich war damit Gustav Adolf gemeint — vorzunehmen.[1]) Diese Bestimmung entsprach vollständig dem eben dargelegten Standpunkt Maximilians und wohl auch dem des Kurfürsten von Mainz in der Mecklenburger Angelegenheit. Wir haben unumstößliche Zeugnisse dafür, daß der Erstere entschlossen war, gegen ein bewaffnetes Vorgehen Schwedens nichts zu tun, wenn er die Gewißheit gehabt hätte, daß die Intervention sich nur auf Mecklenburg erstrecken würde.[2]) Das war aber nun nicht der Fall, vielmehr fürchtete der Kurfürst, Gustav Adolf werde, wenn er einmal auf dem Reichsboden festen Fuß gefaßt habe, seine Einmischung auch noch auf andere Reichsangelegenheiten, vor allem auf den Streit um die geistlichen Güter und das kaiserliche Restitutionsedikt ausdehnen, und er traute seinem neuen Bundesgenossen nicht die Macht oder auch nur den Willen zu, ein derartiges vertragswidriges Eingreifen zu verhindern.[3]) Das alles führte ihn weiter zu der Erwägung, ob es nicht doch

---

[1]) Vgl. G. Fagniez, P. Joseph I, S. 535 ff.

[2]) Jocher an Bagni (Cpt.), Okt. 2., StA. 427/1, 58. Quod si res ageretur tantum Fridlandi et ducatus Megalopolitani ac catholici et eorum vires essent a Sueco securae certe nec unum militem a nobis speraret.

[3]) Gutachten Jochers über die französische Allianz (Orig.), undat., StA. 279/36, 32.

besser sei, Schweden ganz von dem Reichsboden fernzuhalten und vorerst Wallenstein die erbetene Unterstützung zu bewilligen. Diese Frage war schon an Maximilian herangetreten, als Tilly ihm von der oben erwähnten, dem Herzog gegen Stralsund geleisteten Truppenhilfe Mitteilung machte. Er hatte damals, ohne die Handlungsweise des Generals direkt zu billigen, es doch dabei bewenden lassen. Ausführlich legte er Anselm Casimir die Gründe dar, die ihn dazu bestimmten.[1]) Aber der Mainzer war politischen Erwägungen solcher Art nicht zugänglich. Unter keiner Bedingung, schrieb er, dürfe die Liga sich in den Kampf Wallensteins um Mecklenburg einlassen. Die Truppen, die diesem Tilly überlassen habe, sollten unverzüglich zurückgefordert werden. Erst als Maximilian die Schwierigkeiten einer anderweitigen Unterbringung der ligistischen Fähnlein dem Kurfürsten darlegte, fügte dieser sich mürrisch; er blieb aber dabei: in Zukunft solle die Neutralität der Liga gegen Schweden um Wallensteins willen keinesfalls gebrochen werden.[2])

Am bayerischen Hofe wurde dann die Frage unter dem Eindrucke der Schreiben Tillys nochmals eingehend erörtert.[3]) Aber zu einer Entscheidung gelangte man nicht; es schien ratsam, diese von der weiteren Gestaltung der sich täglich ändernden Verhältnisse abhängig zu machen. Und an Tilly schrieb Maximilian, er könne sich ohne die Ligisten über diese Angelegenheit nicht äußern; auf dem bevorstehenden Bundestage werde die Angelegenheit zur Verhandlung kommen. Hier solle Ruepp als Abgeordneter Tillys neben den Anträgen des Generals, welche die Erhaltung des ligistischen Heeres betrafen, auch dessen Ansichten über die Unterstützung Wallensteins vertreten.[4])

---

[1]) Der Standpunkt Max.s kommt am klarsten in einem Schr. vom 2. Okt. zum Ausdruck (Cpt.), StA. 34/3, 74.

[2]) Mainz an Bayern (Orig.), Sept. 24., StA. 34/3, 41; Resolution an Ruepp (Cop.), Sept. 30., RA. tom. 155, 202.

[3]) Vgl. S. 71 Anm. 3. Gutachten Jochers.

[4]) Max. an Tilly (Cpt.), Dez. 7., RA. tom. 155, 625. Tilly an Max. (Orig.), Nov. 21. RA. tom. 155, 648; Nov. 28., RA. tom. 155, 667; Dez. 5. RA. tom. 159, 5.